Unsere Haltung zur RAF Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 43 vom 28. Oktober 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Nach dem Tod von Schleyer

Bonn verschärft die Faschisierung

Schichtende bei VW in Wolfsburg. Die ersten Kollegen gehen auf das Tor zu. Da tauchen plötzlich Polizeistreifen, Mannschaftswagen auf. Schwerbewaffnete Beamte springen heraus, umstellen die Eingänge zum Werk. Vor den Läufen der Maschinenpistolen her müssen die VW-Arbeiter den Betrieb verlassen. Jeder wird genau gemustert, Gesichtskontrolle.

Was hier anläuft, ist, wie es die Herren in Bonn nennen, die „größte Polizeifahndung seit Bestehen der Bundesrepublik". Terroristenjagd bei VW? Ein Polizeisprecher bequemt sich später zu einer Erklärung: Generaldirektor Schmücker sei von Entführern bedroht. Man habe da Hinweise. Anonyme — versteht sich.

Aber das gleiche Bild zum Beispiel vor der Zeche Blumenthal in Recklinghausen. Auch hier ziehen bei Schichtbeginn Polizeistreifen auf, mit Maschinenpistolen bewaffnet. Wer sollte denn hier entführt werden? Aktiv werden die Polizisten gegen Genossen der KPD/ML, die vor dem Tor die Betriebszeitung „Rote Faust" verteilen. Sie werden kontrolliert, müssen ihre Personalien angeben, eine Zeitung wird beschlagnahmt. Terroristenfahndung? Erwarten sich die Herren etwa „Hinweise" aus der „Roten Faust"? Wollen sie auf der Zeche „Spuren" finden? Was haben denn die Kollegen von Blumenthal, die Genossen unserer Partei mit den verbrecherischen Luftpiraten von Mogadischu oder den Schleyer-Entführern zu tun?

„Die wollen doch bloß ihre Macht demonstrieren", sagte einer der VW-Arbeiter, die in die Mündungen der MPs gucken mußten. Und Hunderttausende von Werktätigen haben in den letzten Tagen diese Erfahrung machen müssen. In den Zügen, Bussen, mit denen sie morgens zur Arbeit fuhren: bewaffnete Polizei. In den Neubau-Siedlungen morgens, als die Frauen den Kindern die Schulbrote fertigmachen: Polizeilautsprecher plärren in den Straßen. Gerade hier, so hört man, könnten sich Terroristen versteckt halten. Und manche Viertel werden umstellt, abgeriegelt, die Häuser Wohnung für Wohnung durchsucht. Die Attentäter im Arbeiterviertel? Am Sonntag erscheint „Bild" mit der Schlagzeile: „Die Terroristen sind heute die netten jungen Leute von nebenan."

Wahrhaftig, hier geht es nicht um die Fahndung nach den 18 Leuten, deren Steckbrief jetzt überall aushängt. Es glaubt doch niemand im Ernst, daß die ausgerechnet jetzt pünktlich 10 vor 6 mit Butterbrot und Thermosflasche in der Tasche vor den Fabriktoren auftauchen. Hier geht es, wie der Kollege von VW sagte, darum, daß der Staatsapparat seine Macht demonstriert, geht es darum, ein Klima der Angst, der Verdächtigung, der Unsicherheit zu schaffen. Es ist die Zeit der anonymen Anrufe, der versteckten Hinweise. In Westberlin zieht ein junger Mann um. Plötzlich findet er den Wagen, der für den Umzug bereit steht, von bewaffneten Polizisten umstellt. Hier sollen verdächtige Kisten transportiert worden sein. Man habe da einen Hinweis bekommen.

Im Ruhrgebiet ist ein Mann vor seinem Haus mit der Reparatur seines Wagens beschäftigt. Ein Polizeikommando rast heran, Maschinenpistolen vorweg. Man sucht Waffen in dem Wagen. Da sei ein Anruf gekommen.

Wie hieß es am Sonntag in der Springerpresse? Nach Mogadischu und Stammheim, nach dem Auffinden der Leiche Schleyers: „Nichts wird mehr sein wie es war." Offensichtlich, nach dem Willen der Herren in Bonn soll jetzt ein anderer Wind wehen in der Bundesrepublik. Soll es vorbei sein mit der „Idylle des Rechtsstaates", oder wie ihre Sprüche sonst noch lauten. Nichts mehr wie es war? Viele Werktätige in unserem Land denken da an etwas anderes. Daran nämlich, daß es so doch schon einmal gewesen ist. Daß es diese unverhüllten Aufforderungen zur Denunziation, zur Bespitzelung irgendwelcher „netten jungen Leute von nebenan", diese Aufforderungen, alles „Verdächtige" ungefragt den Staatsorganen mitzuteilen, daß es all das schon einmal gegeben hat, in den letzten Jahren der Weimarer

Fortsetzung auf Seite 2



Personen- und Fahrzeugkontrollen durch maschinenpistolenbewaffnete Polizisten in Uniform und in Zivil im gesamten Bundesgebiet.

11. Gewerkschaftstag der IG Dru-Pa

Die radikalen Töne täuschen

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der in der letzten Woche in Augsburg tagte, hob sich von anderen DGB-Gewerkschaftstagen (wie etwa dem der IGM in Düsseldorf) durch seine radikaler klingenden Töne ab. Und nicht nur die Reden und Parolen hatten einen mehr „klassenkämpferisch gefärbten" Klang. Es wurden tatsächlich auch in stärkerem Maße Forderungen aufs Tapet gebracht und von den Delegierten mehrheitlich unterstützt, die im Interesse der Arbeiterklasse sind und die heute eine wichtige Rolle für die Verteidigung ihrer Tagesinteressen spielen.

Die wichtigsten dieser Forderungen sind: die Forderung, daß der DGB aus der Konzertierten Aktion austreten soll; die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Forderung nach dem Verbot von Aussperrungen.

Bedeutet das nun, daß der Gewerkschaftsapparat der IG Druck und Papier doch die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten vertritt? Besteht etwa zwischen anderen DGB-Gewerkschaften wie z. B. der IGM oder IG Chemie einerseits und der IG Druck und Papier andererseits ein grundlegender Unterschied? Sind Mahlein und Konsorten und der von ihnen geleitete Gewerkschaftsapparat etwa nicht durch und durch reaktionär und arbeiterfeindlich?

Auch wenn oberflächlich dieser Eindruck entstehen kann, so darf man sich dadurch nicht irreführen lassen. Am klarsten zeigt sich das politische Wesen, die wahre Stellung, die Personen oder auch Organisationen im Klassenkampf einnehmen, immer im praktischen Kampf, in Situationen, wo die Arbeiter gegen die Kapitalisten und ihre Regierung auf die Barrikaden gehen, um ihre Forderungen durchzukämpfen. Erinnern wir uns an den großen Streik der Druckereiarbeiter im vergangenen Jahr.

Aufgrund der starken Kampfstimmung in den Betrieben und um das Ansehen des Gewerkschaftsapparates als angeblichem Kampforgan der Arbeiter zu wahren, ließen Mahlein und Konsorten nach den geplatzten Tarifverhandlungen eine Urabstimmung durchführen. Dabei hatten sich fast 90 Prozent der Gewerk-

Fortsetzung auf Seite 4

Faschistische Polizeiaktion in Südafrika

Alle Organisationen der Schwarzen aufgelöst

Nur zwei Zeitungen für Schwarze durften in Südafrika erscheinen, beides Blätter der bürgerlichen Opposition, deren Inhalt weitgehend von den Zensoren des Justizministeriums festgelegt wurde. Seit Mitte der letzten Woche ist es auch damit vorbei: Beschlagnahmung, Erscheinungsverbot. Der Chefredakteur einer dieser Zeitungen ruft eine Pressekonferenz ein. Eine Viertelstunde vor ihrem Beginn, Vertreter der in- und ausländischen Presse haben sich schon versammelt, erscheinen einige Herren in Zivil. Der Chefredakteur wird abgeholt, eingekerkert.

Eine beispiellose Polizeiaktion rollt über das Land. Razzien, Massenverhaftungen, alle Organisationen der Schwarzen, die bis dahin in Vorsters Rassistenstaat noch legal waren, werden für verboten erklärt. Ihr Vermögen wird beschlagnahmt, ihre Führer werden abtransportiert in die Gefängnisse und Konzentrationslager des Regimes. Und das sind beileibe keine revolutionären Organisationen. Die sind, wie der PAC, schon seit ihrem Bestehen illegal, ihre Mitglieder sind von den Rassistenbehörden für vogelfrei erklärt worden.

Was jetzt aufgelöst wurde, waren Gewerkschaften, Kultur- und Kirchenvereinigungen, Frauen- und Jugendorganisationen und Wohlfahrtsverbände. Damit ist jeder Zusammenschluß der Schwarzen, und sei es nur zur gegenseitigen materiellen Unterstützung oder zur Pflege des kulturellen Brauchtums, verboten. Und wer immer in diesen Organisationen führend tätig war, und sei es ein Kirchenführer wie Bischof Buthelezi, wird verhaftet oder „gebannt".

Das „Bannen" ist eine der geläufigsten Unterdrückungsmethoden des Rassistenregimes. Es bedeutet, daß der Betreffende sich regelmäßig bei der Polizei melden muß, daß er mit einem totalen Redeverbot belegt ist, keine Versammlungen besuchen und nicht reisen darf, und daß schließlich über ihn nicht berichtet werden darf. Ein „Gebannter", das ist wie ein Aussätziger, wie jemand, der plötzlich aufgehört hat, zu existieren. Denn über ihn zu sprechen, ihn auch nur zu erwähnen, seinen Namen zu nennen, heißt, sich strafbar machen, selbst die „Bannung" oder die Verhaftung zu riskieren.

Und die Verhaftung, das Gefängnis? Die Vorster-Rassisten haben sich schon längst die faschistischen Ausnahmegesetze geschaffen, nach denen ja auch in Bonn immer lauter geschrien wird. Ihr sogenanntes Anti-Terrorismus-Gesetz erlaubt es ihnen, jeden beliebig lange einzukerkern, ohne jemals Anklage erheben zu müssen. Heute sind es selbst nach den Angaben des Regimes schon 662 politische Gefangene, die ohne Gerichtsverfahren in Haft sind. Und die

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

Bonner Steuerermäßigungen

Es profitieren nur die Monopole

Der sogenannte „Steuerstreit" in Bonn ist beendet. SPD/FDP und die Unionsparteien haben sich geeinigt. Das Ergebnis der Regelung, wie sie jetzt verabschiedet werden soll, bedeutet, daß es gegenüber dem ursprünglichen, von der Regierung vorgelegten Plan ein paar Mark im Monat mehr sein werden, die den Arbeitern und unteren Angestellten an Erleichterung bei der Lohnsteuer gewährt wird. Ein weiterer Unterschied liegt darin, daß ein Teil der Lohnsteuererleichterung nicht linear ist, sondern bei höheren Einkommen auch höher ausfallen wird. Woran sich durch die jetzige Regelung jedoch nichts ändert, ist dies: Den Kapitalisten, vor allem den Monopolen, werden unverhältnismäßig viel größere Steuersenkungen gewährt.

Die verschwindend geringen Beträge, die den Werktätigen zugestanden und die ohnedies durch die Erhöhung anderer Abgaben wieder restlos zunichtegemacht werden, bilden praktisch nur ein Feigenblatt für die Milliarden, die Bonn den Monopolen jetzt noch zusätzlich in den Rachen wirft. Deshalb wird dieses angeblich „sozial ausgewogene" Paket von Steuernachlässen letztlich die Folge haben, daß der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen sich noch stärker zu Lasten des werktätigen Volkes verschieben wird.

Was die Lohnsteuer betrifft, so wird ab 1. Januar 78 der Grundfreibetrag um 300 DM (Ledige) bzw. 600 DM (Verheiratete) erhöht. Zusätzlich wird ein Tariffreibetrag (d. h. ein in der finanziellen Auswirkung nicht linearer Lohnsteuernachlaß) bis zu 510 bzw. 1.020 DM eingeführt. Es kommt noch der einmalige Weihnachtsfreibetrag von 400 DM hinzu.

Wenn man den Weihnachtsfreibetrag einmal ausklammert, so bedeutet das für die Arbeiter und unteren Angestellten, daß sie ab Januar je nach der Höhe ihres Lohns und je nachdem, ob sie verheiratet oder ledig sind, ungefähr folgende Summe im Monat an Lohnsteuer einsparen: Ledige zwischen 15 und 25 DM, Verheiratete zwischen 25 und 30 DM. Der Weihnachtsfreibetrag wirkt sich dann noch mit einer einmaligen Steuerspamis von durchschnittlich 80 bzw. 150 DM aus.

Allein durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 Prozent, die ebenfalls ab 1. Januar 78 in Kraft tritt, wird jedoch der Großteil dieser Summen den Werktätigen wieder geraubt. Dazu kommen noch andere Abgaben, die erhöht werden, wie z. B. die Fernsehgebühren. Ganz anders sieht es dagegen bei den Steuersenkungen für die Kapitalisten aus.

Durch die Verbesserung der „degressiven Abschreibung" allein werden ihnen fast zwei Milliarden DM zugeschoben. Um 25 Prozent wird der Prozentsatz des Anschaffungspreises von neuen Maschinen und Anlagen erhöht, den die Kapitalisten von der Steuer absetzen können. Und zwar rückwirkend vom ersten Juli dieses Jahres an. Dazu kommen die Geschenke, die Bonn den Kapitalisten bereits im Sommer gemacht hat: So die Senkung der Vermögenssteuer und die Einführung des Verlustrücktrages. Letzterer erlaubt es den Kapitalisten, in den Bilanzen ausgewiesene (nicht unbedingt wirklich erlittene) Verluste nachträglich von der Steuer abzusetzen. Und damit nicht genug: Die Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wurde von 7,5 Prozent auf 15 Prozent verdoppelt.

Natürlich werden diese staatlichen Geschenke und Zuwendungen an die Kapitalisten von der bürgerlichen Propaganda damit gerechtfertigt, daß sie angeblich zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Aber durch die Realität der letzten Jahre ist diese Behauptung längst als Augenwischerei entlarvt worden. All die Milliarden, die die Monopole in den vergangenen Jahren erhielten, haben nicht einen Arbeitslosen wieder in Arbeit gebracht, sondern haben es den Monopolen ermöglicht, noch mehr Kapital für die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen einzusetzen.

Bonn verschärft die Faschisierung

Fortsetzung von Seite 1

Republik. Und sie denken auch daran, wohin das damals geführt hat: in die blutige faschistische Diktatur über das Volk.

Nehmen wir nur ein einziges Beispiel aus dieser „größten Fahndungsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik", wie sie jetzt über das Land rollt. Da steigen Polizisten in einen Linienbus in Wattenscheid. Sie gehen durch die Reihen und verteilen ihr Fahndungsflugblatt. Dann kommen sie zurück und notieren die Personalien all derjenigen, die das Flugblatt nicht genommen haben. Was ist das denn anderes als Gesinnungsterror? Jeder, der hier nicht die Hacken zusammenknallt und sich zum Büttel der Staatsorgane macht, ist verdächtig. Jeder, der nicht in den Chor der Terroristenhysterie mit einstimmt, könnte ein Sympathisant sein. „Nichts wird sein wie es war." Was jetzt gefordert wird, was da Schmidt und Strauß, die Herren vom BDI und DGB in immer neuen Appellen beschwören, ist das Zusammenrücken. Oder wie es deutlicher in Springers „Welt" heißt: Jetzt ist „mit einem Mal kein Raum mehr für klassenkämpferische Zwietracht." Auf deutsch: Schluß mit dem Klassenkampf.

Das wollen die Herren. Wir, die Werktätigen, sollen mit ihnen, unseren Ausbeutern und Unterdrückern, zusammenrücken. Sie nehmen wieder Kurs auf die „Volksgemeinschaft", so wie sie damals die Hitler-Faschisten mit Blut und Terror erzwingen wollten. Sie wollen keinen Raum mehr lassen für die „klassenkämpferische Zwietracht", für den Kampf der Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Für den Kampf der kleinen Bauern um ihre Existenz. Für die Kämpfe in den Schulen, Universitäten und Kasernen. Deshalb predigen sie: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus." Deshalb versuchen sie, die Aktion von Mogadischu zum Fanal dieser „Volksgemeinschaft" zu machen.

Ja, wir Werktätigen haben um das Leben der entführten Lufthansa-Passagiere gebangt, die von verbrecherischen Luftpiraten gefangen gehalten wurden. Und diese Sorge nutzen die Herren in Bonn aus, um ihren Grenzschutz-Sondertrupp jetzt als die Helden der Nation und sich selber als Befreier zu feiern. Aber was haben sie denn getan? Von vornherein haben sie das Leben der Geiseln eiskalt aufs Spiel gesetzt, haben sie auf die „militärische Lösung" gedrängt, indem sie die GSG 9 von Flughafen zu Flughafen gejagt haben mit Befehlen wie „Reifen zerschießen" in Zypern und schließlich „stürmen" in Mogadischu. Ganz bewußt haben sie dabei einkalkuliert, daß bei dieser Aktion die Maschine in die Luft fliegt oder daß es zu einem Massaker kommt wie 1972 in Fürstenfeldbruck.

Mit welcher Kaltschnäuzigkeit sich die Schmidt und Co. heute ihres Gewaltapparats brüsten, den sie nicht nur als ein Vorbild für die Jugend Westdeutschlands, sondern auch als Retter der „zivilisierten Nationen" hinstellen, zeigt doch folgende Tatsache: Sie posaunen offen heraus, daß der GSG-9-Chef Wegener an dem Überfall der israelischen Zionisten auf den Flughafen Entebbe in Uganda teilgenommen hat. Ja, sie sagen sogar, daß er dabei verwundet wurde, also offenbar selbst mitgeschossen hat bei dem Massaker gegen die Luftpiraten, die Geiseln und die Angehörigen der ugandischen Armee.

Genauso heuchlerisch wie ihre angebliche Anteilnahme für die Lufthansa-Passagiere ist die Bestürzung, die die Herren in Bonn nach dem Tod der drei Stammheimer Gefangenen äußerten. Ausgerechnet sie, die das faschistische Kontaktsperrengesetz durchgepeitscht haben, mit dem die politischen Gefangenen von jeder Verbindung zu ihren Angehörigen und Anwälten abgeschnitten werden. Mit dem eine Isolationshaft legalisiert wird, wie sie heute nur noch in den offen faschistischen Diktaturen eines Breschnew oder Pinochet existiert. Wenn sie bestürzt sind, dann nur, weil sie Angst haben vor den Fragen, die jetzt gestellt werden. Weil sie gesehen haben, daß zur Pressekonferenz der Stammheimer Anwälte mehr in- und ausländische Journalisten kamen als zu ihren eigenen. Und was ist das anderes als ein Zeichen des Mißtrauens, dafür, daß man ihnen nicht ohne weiteres ihre „Selbstmord"-Version abnimmt.

Wie sollte man auch? Da sind zu viele Ungereimtheiten. Die Pistolen und der Sprengstoff, die gefunden wurden, obwohl jeder, selbst Generalstaatsanwalt Schüle, vor Betreten der Haftanstalt gründlich durchsucht wurde. Die Wächter, die nichts gehört, nichts gesehen haben, obwohl die Stammheimer Zellen Tag und Nacht kontrolliert wurden. Die verschwundenen Briefe usw. Es ist auch keineswegs vergessen, daß nach der Entführung Schleyers, kurz bevor die Kontaktsperre in Kraft trat, in der CSU-Landesgruppe in Bonn unwidersprochen gefordert wurde, man müsse alle halbe Stunde einen Gefangenen an die Wand stellen und abknallen.

Die das vorschlagen, meinen es so wie sie es sagen. Das sind die klammheimlichen und offenen Sympathisanten des Geiselmörders Kappler, der Hunderte durch Genickschuß hinmorden ließ, der selbst die Pistole ansetzte und der jetzt in diesem Land seinen beschaulichen Lebensabend verbringen kann. Dieser Staat, der einen Kappler schützt, dessen bewaffnete Polizeiorgane den Tod von Hunderten Werktätigen auf dem Gewissen haben, dieser Staat ist niemals der „Retter", der Beschützer der Werktätigen vor den Anschlägen solcher verbrecherischen Elemente wie der Luftpiraten von Mogadischu. Er ist ein Werkzeug der herrschenden Klasse, der westdeutschen Bourgeoisie, der nur eine Aufgabe hat: das Volk, die Werktätigen niederzuhalten und die Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern.

Und jetzt rufen die Vertreter dieses Staates die Werktätigen mit drohendem Ton zum Zusammenrücken mit ihren Unterdrückern auf, schreien sie gegen die „klassenkämpferische Zwietracht" und demonstrieren sie die Macht ihres Unterdrückungsapparates. Und stärker als je zuvor hetzen sie gegen das, was sie die „Sympathisanten" nennen. Und meinen damit alle die, die ihnen nicht auf dem Weg in die „Volksgemeinschaft" folgen wollen. Geifern sie für die „Austrocknung des terroristischen Sumpfes" — und meinen die revolutionäre Bewegung. Fordern sie schließlich das Verbot unserer Partei, der KPD/ML, die der Arbeiterklasse und dem Volk den Weg weist zur sozialistischen Revolution, zum gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie.

Aber was werden sie damit erreichen? Sie können weder die kommunistische Partei zerschlagen, noch können sie das Volk in die Knie zwingen, den Klassenkampf zum Erlöschen bringen. Sie wollen die Sache so hindrehen, daß es in diesem Land nur noch bedingungslose Ja-Sager oder Sympathisanten des Terrorismus gibt. Aber die Werktätigen werden diese falsche und demagogische Alternative nicht annehmen. Sie begreifen immer mehr, daß es in Wirklichkeit darum geht, ob man sich der faschistischen Hetze und Einschüchterung, dem Terror des bürgerlichen Staates beugt oder nicht. Die Herren sagen, daß nichts mehr sein soll wie es war und nehmen Kurs auf die faschistische Diktatur. Glauben sie denn, es wird ihnen niemand in den Arm fallen? Das deutsche Volk will kein neues 33, und wir, die Kommunisten, werden in diesem Kampf gegen die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur an der Spitze stehen.

Kurz berichtet

KIEL

Wie in anderen Bundesländern fand auch in Schleswig-Holstein eine großangelegte Werbeaktion der Polizei mit Veranstaltung und Ausstellungen statt, die sogar von Ministerpräsident Stoltenberg persönlich eröffnet wurden. Auf großen Plakatwänden fordert die Polizei die Bevölkerung zum Denunziantentum auf. Die Rote Garde Kiel-Gaarden beantwortete diese Provokation mit einer Mal- und Klebeaktion.



„Kein Spitzel für die Polizei!" und „Kampf dem Polizeiterror!" steht jetzt neben einer der Polizeistellwände.

MONTABAUR

Als Genossen in der vorletzten Woche in einem Wohnviertel in Montabaur Unterschriften gegen den Verbotsantrag der CDU gegen unsere Partei sammelten, standen plötzlich vor dem Haus, in dem sie gerade gewesen waren, zwei Polizeiwagen. Vier Polizisten stiegen aus, forderten die Genossen auf, mit zur Wache zu kommen und erklärten, sie müßten erkennungsdienstlich behandelt werden. Auf die Frage der Genossen, was der Anlaß für dieses Vorgehen sei, erklärten sie, laut „Hinweisen aus der Bevölkerung" würden sie verbotene Flugblätter verteilen. Wer dieser Informant war, wollten die Polizisten allerdings nicht sagen. Sie gaben sich aber schließlich mit der Feststellung der Personalien zufrieden und fuhren wieder weg.

BOCHUM

Am 22. 10. fand bei Opel im Werk Bochum ein sogenannter „Tag der offenen Tür" statt. Es heißt, daß Opel sich diese Propagandaschau eine sechsstellige Summe kosten ließ.

Wie sah dieser Tag aber für die Kollegen aus? Für sie war dies die erste von acht Sonderschichten, die vor einiger Zeit vereinbart wurden. Außerdem mußten sie eine halbe Stunde früher als sonst kommen, da Opel die Parkplätze für die Besucher reserviert hatte. Und trotz der vielen Besucher mußten sie genauso viele Autos produzieren wie sonst auch.

Die Partei verteilte an die Besucher ein Flugblatt (s. S. 5), in dem die wirkliche Lage der Arbeiter und ihre Forderungen verbreitet wurden. Aufkleber, auf denen diese Forderungen gedruckt waren, wurden später an vielen Stellen des Betriebes gefunden. Einige Kollegen hatten sie direkt auf ihre Maschinen geklebt. Vor den Toren war die Partei außerdem mit ihrem Stand, den die Parteifahne schmückte, schon von weitem zu sehen.

Offen gesagt ...

Am deutschen Wesen...

Nach dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes in Somalia überschlugen sich die Häupter der Staaten der westlichen Welt mit Lobesbekundungen über die Bonner Regierung und Kanzler Schmidt. Vergessen war jede, wenn auch noch so vorsichtige, Kritik der letzten Zeit über den Fall Kappler, über neonazistische Umtriebe, über Berufsverbote usw. bei den bürgerlichen Zeitungsschreibern. Stattdessen wurde Kanzler Schmidt jetzt als Verteidiger der „Werte der Freiheit, der liberalen Demokratie" („Le Monde") gepriesen, als „deutscher Mark Aurel" („Le Figaro") gefeiert. Vergessen auch jede Kritik, die in der letzten Zeit an der Außenpolitik der westdeutschen Imperialisten laut wurde. Vergessen nicht nur von den westeuropäischen Politikern und Zeitungsschreibern, sondern auch von anderen Ländern. Stattdessen ungeteilte Zustimmung für Schmidt, der den Einsatz von westdeutschen bewaffneten Truppen auf fremdem Boden als „Zeichen ... für die Zusammenarbeit unter den Völkern und Staaten der Welt" bezeichnete.

Dieser laute Beifall aus aller Welt rief selbst bei einigen Bonner Diplomaten anfänglich Überraschung hervor. So erklärte ein Diplomat bei der UNO in den USA: „Für ein afrikanisches Land bedeutet es schon eine außergewöhnlich große Portion Mut, bewaffneten europäischen Kommandos die Operation auf seinem Boden zu gestatten, ganz gleich aus welchen Gründen. Somalia ist so gesehen der wahre Held." Natürlich, solche „Helden" liebt man in Bonn, hat der deutsche Imperialismus schon immer geschätzt.

Aber diese anfängliche Überraschung hielt nicht lange an. Bonn „nutzte die Gunst der Stunde", wie sich verschiedene bürgerliche Zeitungen ausdrückten, und machte kein Hehl daraus, daß es sich als Weltgendarm fühlt und auch als solcher aufzutreten gedenkt. An alle UNO-Mitgliedstaaten wurden Schreiben geschickt, jetzt aber gefälligst dafür zu sorgen, daß die bereits vor einem Jahr von Bonn in der UNO eingereichte „Konvention gegen den Terrorismus" nun auch verabschiedet werde. Die westdeutsche Polizeigewerkschaft forderte, daß in Zukunft die Passagiere deutscher Flugzeuge auf allen Flughäfen der Welt von deutschen bewaffneten Polizisten kontrolliert werden sollen. Innenminister Maihofer machte den Vorschlag, mit anderen Staaten sogenannte „Polizeiabkommen" abzuschließen, die den Einsatz deutscher Polizei in anderen Ländern ermöglichen sollen, bzw. die Grundlage dafür bieten sollen, daß die Polizei anderer Staaten unter dem Kommando deutscher Polizeioffiziere agiert. Also noch einmal: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen"?

Man darf sich durch die seitenlangen Dankes- und Ergebenheitsbezeugungen aus dem Ausland, die gegenwärtig in den westdeutschen Zeitungen abgedruckt werden, nicht beirren lassen. Der Trick ist nicht neu. Die Stimmen der ausländischen Politiker und der ausländischen Journalisten, die sich dort finden, sind nicht die Stimmen der Völker. Die Werktätigen der Länder Europas und der Welt denken nicht im Traum daran, dem Großmachtchauvinismus des westdeutschen Imperialismus, wie er in den letzten Wochen offen zu Tage trat, auch noch Beifall zu zollen. Sie betrachten den westdeutschen Imperialismus als den Nachfolger des deutschen Imperialismus, als ihren Feind. Sie bekämpfen ihn da, wo er sie ausbeutet und unterdrückt und unterstützen den Kampf des deutschen Volkes für den Sturz des Imperialismus, für den Aufbau eines sozialistischen, eines wahrhaft friedliebenden und mit den Völkern in Freundschaft verbundenen Deutschland.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

"Intershops" in der DDR

Die Westmark zur zweiten Währung gemacht

Ein Ostberliner Werkzeugmacher hat sich von seinem sauer verdienten Lohn einiges Geld zurückgelegt. Er will mit seiner Frau einmal richtig gut essen gehen, in eins der feinen Restaurants der Stadt. Nehmen wir an, das Paar betritt das „Metropol" in der Friedrichstraße. Der Portier stellt sich ihnen in den Weg, mustert sie kritisch. Dann sagt er: „Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß dies ein Valuta-Restaurant ist." Valuta-Restaurant — auf deutsch heißt das: für Menschen mit Ostgeld Eintritt verboten! Denn hier kommt nur rein, hier wird nur der bedient, der dem Ober die Rechnung in Westmark, in Dollar oder Franken begleichen kann.

Und das nennen die Herren drüben einen Arbeiter- und Bauernstaat, wo die Werktätigen in einem solchen Lokal einfach ausgesperrt werden, weil sie keine Devisen in der Tasche haben, sondern nur die Ostmark aus ihren Lohntüten. Es ist schon seit langem so in der DDR, und seit langem schon sind die Werktätigen verbittert deswegen, daß diejenigen, die mit einem Westmarkschein bezahlen, können, bevorzugt werden. Daß aber Restaurants wie das „Metropol" den normalen Werktätigen ganz verschlossen bleiben, ist eine neue Entwicklung.

Und es ist nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich hat sich in der letzten Zeit die Westmark zu einer regelrechten zweiten Währung in der DDR entwickelt. Am deutlichsten ist das in der Ausbreitung der sogenannten Intershops geworden, die heute wie ein Krebsgeschwür das ganze Land überwuchern. Vor einigen Jahren noch waren diese Intershops kleine Buden an Grenzübergängen, in Städten wie Ostberlin und Leipzig, in denen Ausländer oder Westdeutsche für ihre Währung Spirituosen, Zigaretten usw. kaufen konnten.

Heute findet man diese Intershops in den mittleren und kleinen Städten der DDR, und sie sind auch beileibe keine Kioske mehr, sondern regelrechte Supermärkte, in denen alles zu haben ist vom Waschpulver bis zum Fiat Mirafiori. Alles das, was die Werktätigen in den normalen Läden der DDR vergeblich suchen oder was so teuer ist, daß sie es sich von ihrem Lohn nie leisten können. Die Empörung über die Ausweitung dieser Devisenläden ist so groß, daß vor einigen Wochen SED-Chef Honecker gezwungen war, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Er versuchte, ihre Existenz mit dem „großen Besucherstrom" aus dem Westen zu rechtfertigen, mit den „etwa 9,5 Millionen Gästen aus kapitalistischen Ländern, die bei uns essen, zum großen Teil übernachten und selbstverständlich auch Geld in den Taschen haben."

Ganz abgesehen davon, daß doch wohl eines selbstverständlich ist, nämlich, daß ausländische Besucher sich ihr Geld in die Landeswährung eintauschen, so wie das früher in der sozialistischen DDR auch der Fall war, ganz abgesehen davon, will denn Honecker den Werktätigen in der DDR weismachen, daß diese ausländischen Gäste in die DDR kommen, um sich im Intershop mit Waschpulver, mit Blumenzwiebeln oder mit Kacheln zu versorgen? Nehmen wir doch nur einmal die Sache mit den Kartoffeln. In diesem Sommer waren in einigen Gegenden der DDR die Kartoffeln so rar, daß man zum Teil kilometerweit fahren mußte, um welche zu bekommen. Ja, es wurde sogar berichtet, daß sich manche Werktätige Kartoffel-Pakete von Verwandten in besser versorgten Gebieten mit der Post schicken ließen. Da tauchten plötzlich in allen Intershop-Läden Kartoffeln auf, für 85 Pfennig West der 5-Kilo-Beutel.

Diese Aktion des Honecker-Regimes stieß auf eine derart große Empörung, daß sie nach einigen Tagen abgeblasen wurde und die Kartoffeln wieder aus den Intershops verschwanden. Sie zeigte aber noch einmal in aller Klarheit, was es mit diesen Devisen-Läden auf sich hat, daß alles Gerede von den „Gästen aus kapitalistischen Ländern" nur eine schmutzige Lüge des Regimes ist. Es sind eben die DDR-Bürger selbst, die in diesen Läden Westgeld ausgeben sollen.

Schon 1974 hat das Honecker-Regime in seiner Gier nach Dollar- und Westmark die Beschränkungen der Deviseneinfuhr aufgehoben. Jeder DDR-Bürger darf heute Westgeld in unbeschränktem Umfang besitzen, ja, sogar ein Devisenkonto bei einer DDR-Bank eröffnen. Nun stellt sich natürlich die Frage: Wer hat denn überhaupt Westgeld in der DDR? Es sind doch nicht die Arbeiter, die sich jetzt ihr DM-Konto anlegen. Gewiß, sie könnten z. B. von ihren Verwandten, die auf Besuch sind, ein paar Mark bekommen. Und mit solchen verbrecherischen Manövern wie der erwähnten Kartoffel-Aktion spekulieren die Herren in Ostberlin ja auch darauf, daß die Werktätigen der DDR Beziehungen zu Verwandten im Westen ausnutzen, daß sie regelrecht betteln um ein paar Westmark, damit sie sich das Notwendigste zum Leben kaufen können.

Aber Kassettenrecorder, eine Bosch-Bohrmaschine oder den Fiat Mirafiori, das alles sind natürlich Dinge, an deren Erwerb ein Werktätiger nicht einmal im Traum denken kann. Diese Waren aus den Intershops sind allein denen vorbehalten, die in großen Mengen über Westgeld verfügen. Das sind die neuen Bourgeois, die Parteibonzen, Betriebsdirektoren, die bei ihrem Schacher mit den westlichen Konzernen und Staatsbehörden Millionen DM und Dollars in die eigenen Taschen fließen lassen, das sind die reaktionären Professoren und „Künstler", die bei ihren Gastspielen in der Bundesrepublik, wie sie zum Beispiel von der DKP organisiert werden, dicke Honorare einstreichen.

Und natürlich, wo die großen Gangster absahnen, da wollen die kleinen auch ihren Teil haben. Wo die Honecker und Co. sich ihre Villen mit westlichen Luxusgütern ausstaffieren, wo ein Professor Kaul, führender Rechtsverdreher, mit einem Ford Mustang durch die Straßen fährt, wo die vom Regime aufgebauten Film- und Fernsehstars ihren Reichtum dreist zur Schau stellen, da will auch das ganze Pack von mittleren Funktionären, Kleinunternehmern usw. ein paar Brocken abhaben.

So wird berichtet, daß im Dienstleistungssektor der DDR heute praktisch nichts mehr läuft ohne Westmark. Wer etwa von einem Handwerksbetrieb einen Termin für notwendige Reparaturen in der Wohnung oder am Auto haben will, der muß schon Westmark hinlegen, um nicht Monate warten zu müssen. Das gleiche beim Material: Ein Wasserhahn aus Metall zum Beispiel wird nur eingebaut gegen Westmark. Für Ostmark gibt's nur Plastik. Und auch in den normalen Läden tauchen Mangelwaren plötzlich auf, wenn es um die Bezahlung mit Westgeld geht.

Ist es da verwunderlich, wenn die Empörung der Werktätigen in der DDR immer mehr anwächst? Die Arbeiter, Bauern, kleinen Angestellten müssen es täglich sehen, daß die Ausbeuter mit ihrem Reichtum protzen, während für sie selbst die Lebensbedingungen immer schlechter werden, die Preise steigen und die Versorgung rigoros eingeschränkt wird. Ein Beispiel für viele ist der Erlaß eines Ostberliner Betriebes, nach dem der Anteil von „Edelfleisch" in der Kantine von 35 auf 5% gesenkt wurde. Ein Arbeiter sagte, was das bedeutet: „Jetzt gibt's nur noch Schweinebauch oder Gulasch aus Würstchen!" Eine andere Unverschämtheit des Honecker-Regimes, die in den letzten Wochen die Werktätigen besonders stark empört hat, war das Verschwinden der billigsten Kaffeesorte, „Kosta" zu 7,50 Mark pro Viertelpfund, aus dem Warenangebot und ihre Ersetzung durch den berüchtigten „Kaffee-Mix", im Volksmund „Erichs Krönung" genannt, ein abscheuliches Gemisch, das nur zur Hälfte aus Kaffee und zur anderen Hälfte aus Ersatzstoffen besteht.

Um dem immer stärker werdenden Widerstand der Werktätigen zu begegnen, versucht die Honecker-Clique immer neue Ablenkungsmanöver. Für Preiserhöhungen werden die steigenden Rohstoffpreise verantwortlich gemacht. Die Warenverknappung durch die Westgeldspekulanten wird irgendwelchen kleinen Schiebern angelastet. So wurde mit großem Propagandarummel eine Möbelverkäuferin ins Gefängnis gesteckt, die ein paar tausend Mark Westgeld von den Kunden angenommen hatte. Aber mit solchen Manövern ist der Haß der Werktätigen gegen das Regime nicht zu besänftigen, im Gegenteil. „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen", sagen die Menschen in der DDR.

Wer hat denn der Westmark Tür und Tor geöffnet? Wer sorgt dafür, daß bestimmte in der DDR produzierte Waren nur in den Intershops auftauchen? Wer hat schließlich dafür gesorgt, daß der multinationale Konzern BAT seine in den Intershops verkauften Zigaretten in der DDR selbst fertigen läßt? Das alles ist doch nicht das Werk einiger kleiner Schieber und Schmarotzer. Es ist das Werk der Honecker-Clique. Sie hat in ihrer Gier nach westlichen Devisen das Intershop-System aufgebaut und die Westmark zur zweiten Währung in der DDR gemacht. Sie braucht diese Devisen nicht nur, um ihr eigenes Luxusleben zu finanzieren. Sie braucht sie auch, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die durch die hemmungslose Ausplünderung der DDR durch die russischen Sozialimperialisten entstehen. Die Spekulation mit der Westmark, die Öffnung gegenüber Devisen, Krediten und Kapital aus dem Westen, das ist der verzweifelte Versuch des Honecker-Regimes, sich aus den Klauen der kapitalistischen Krise zu befreien, von der die Wirtschaft der DDR erfaßt ist. Aber diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Sie verschärfen die Krise nur noch mehr. Auf der anderen Seite straft die Einführung von offen kapitalistischen Verkehrsformen wie dem Intershop-System tagtäglich die demagogischen Worte über den Aufbau des Sozialismus in der DDR Lügen.

Da muß auch ein Honecker beteuern: „Diese Läden sind kein ständiger Begleiter des Sozialismus." So versucht er, diese Einrichtungen, die so sehr den Haß des Volkes entfachen, als etwas Vorübergehendes hinzustellen. Aber immer mehr Werktätige erkennen, daß das Intershop-System und der ganze Sumpf von Schmarotzertum, Spekulation und Schieberei, der damit zusammenhängt, vollkommen unvereinbar mit dem Sozialismus sind. Daß alle diese Erscheinungen die ständigen Begleiter des kapitalistischen Ausbeutersystems sind, das die Revisionisten in der DDR errichtet haben, und daß all dies nur beseitigt werden kann, indem das kapitalistische System selbst in der sozialistischen Revolution beseitigt wird.

Polen: Empörung der Arbeiter wächst

Lebensmittelknappheit, Teuerung, Inflation

Aus Polen häuften sich in letzter Zeit Meldungen über schwere Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln. Die Werktätigen müssen vor den Läden Schlange stehen, um sich mit den nötigsten Nahrungsmitteln zu versorgen. Gleichzeitig verschärft sich Teuerung und Inflation. Während die Arbeiter in den Läden vor leeren Regalen stehen und z. B. Fleisch und Wurst fast überhaupt nicht zu bekommen ist, können sich die Angehörigen der neuen Kapitalistenklasse, die Bonzen des Staats- und Parteiapparats, die Manager und Fabrikdirektoren und die anderen privilegierten Schichten in besonderen Exklusivläden mit Dollars oder DM alles kaufen und sich mit Luxusgütern eindecken.

Die Unruhe und Empörung unter den Werktätigen ist sehr stark. So haben vor kurzem die Kumpels im Industrierevier von Katowicz aus Protest gegen die Lebensmittelknappheit in fünf Kohlebergwerken für mehrere Stunden gestreikt. In einem Textilbetrieb in Lodz streikten die Arbeiterinnen und demonstrierten, um ihren Protest gegen die mangelnde Lebensmittelversorgung zu zeigen.

Die sozialfaschistischen Machthaber mit Staatschef Gierek an der Spitze waren jetzt gezwungen, auf dem 9. Plenum der revisionistischen „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei" einige der verheerenden Mißstände und Krisenerscheinungen einzugestehen. Gierek sprach von „Spannungen und Schwierigkeiten in der Wirtschaft", davon, daß die „Landwirtschaft ihre Aufgabe nicht erfüllt" habe und er mußte zugeben (wenn das auch eine verharmlosende Darstellung ist), daß „die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unzureichend" sei. Gierek kündigte auch an, daß die Preise in den kommenden Monaten weiter steigen würden.

Nicht nur den ständigen unverschämten Angriffen auf ihre wirtschaftliche Lage mit noch größerer Erbitterung und Entschlossenheit entgegenstellen. Sie werden darüber hinaus klarer erkennen, daß sie erst dann ein freies und wirtschaftlich gesichertes Leben führen können, wenn sie die russischen Sozialimperialisten, die das Land versklaven und ausplündern, verjagt und die polnische Bourgeoisie und ihr revisionistisches Ausbeutersystem gestürzt haben, wenn also die Diktatur des Proletariats in Polen wiedererrichtet ist. Sie werden sich zur gewaltsamen sozialistischen Revolution zusammenschließen.

Gierek nennt als Ursachen für die wirtschaftliche Misere Polens außer den angeblich hohen Löhnen noch andere Punkte: die steigenden Weltmarktpreise, die Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt und die Mißernten der letzten Jahre, für die er die schlechte Witterung verantwortlich machte. All das soll jedoch nur die wirklichen Ursachen verschleiern: die Zerschlagung des Sozialismus, die Wiederherstellung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, des Kapitalismus sowie die Versklavung und Ausplünderung Polens durch den russischen Sozialimperialismus, dessen Vasall die Gierek-Clique ist.



Stundenlanges Schlangestehen vor den Läden in Polen

Gleichzeitig betreibt das revisionistische Regime aber eine schmutzige Lügenpropaganda, um die wahren Ursachen für die verheerenden Mißstände und Krisenerscheinungen zu vertuschen. Schuld seien die „hohen Löhne". Die Lohnerhöhungen, die man den Arbeitern infolge ihrer Kämpfe gegen die verschärfte Ausbeutung zugestanden hatte, hätten die Wirtschaft durcheinandergebracht und das „Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage" gestört. Diese Lüge wird übrigens auch von der „UZ", dem Sprachrohr der DKP-Revisionisten in der Deutschen Bundesrepublik, wiedergekäut.

Welcher Hohn ist doch diese Behauptung, angesichts der schlechten Lebenslage der polnischen Arbeiter! Daß überhaupt eine Nachfrage nach wichtigen und unentbehrlichen Lebensmitteln wie z. B. Fleisch besteht, ist für diese angeblichen „Kommunisten" Beweis genug, daß die Arbeiter schon zuviel verdienen. Dabei müssen sie doch sogar nach Zucker, Brot, Gemüse, Speck und Wurst Schlange stehen. Nach dieser Logik ist das „wirtschaftliche Gleichgewicht" also dann gegeben, wenn die Arbeiter so wenig verdienen, daß sie von trockenem Brot und Kohlsuppe leben müssen. Ist das nicht übelste Ausbeuterlogik?

Die polnischen Arbeiter halten nicht still gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung. Die machtvolle Erhebung der polnischen Arbeiterklasse 1970, die zum Sturz Gomulkas führte, ließ das revisionistische Regime mit Militär und Panzern niederschlagen. Aber im vergangenen Jahr erhoben sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen erneut mit Streiks, Demonstrationen und Kämpfen gegen die Polizei. Dadurch war Gierek, Gomulkas Nachfolger, gezwungen, die bereits beschlossenen drastischen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs zurückzunehmen. Nun setzt die neue Bourgeoisie die Preiserhöhungen in schleichender Form an allen Ecken und Enden durch.

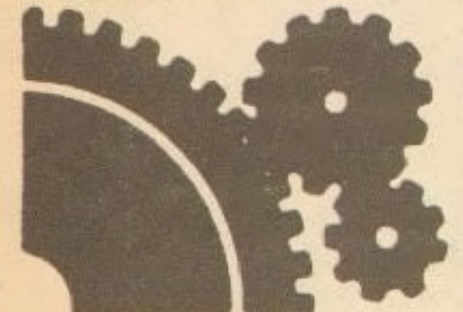
Daraus werden die polnischen Arbeiter ihre Lehren ziehen. Sie werden sich

Diese wirklichen Ursachen für die Verelendung der polnischen werktätigen Massen kann Gierek nicht vertuschen. Immer mehr Menschen fragen sich: Was soll das denn für ein „Sozialismus" sein, dessen Wirtschaft ein Spielball äußerer Verhältnisse wie der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise oder schlechter Witterungsverhältnisse ist?

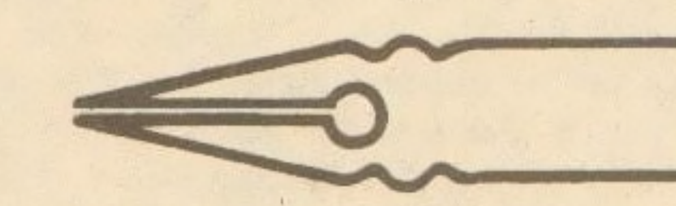
Vergleicht man die wirtschaftliche Entwicklung in Polen mit der in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, so sieht man einen krassen Unterschied. Obwohl Albanien ein sehr kleines Land ist, verzeichnet die sozialistische Wirtschaft hier ungeachtet der weltweiten Wirtschaftskrise eine stabile Entwicklung und einen stetigen Aufschwung. Albanien kennt weder Arbeitslosigkeit, noch Teuerung und Inflation. Von Lebensmittelknappheit kann überhaupt keine Rede sein. Der Lebensstandard, wenn er auch noch relativ niedrig ist, steigt doch ununterbrochen. Albanien kennt auch keine Auslandsschulden gegenüber westlichen kapitalistischen Ländern oder den revisionistischen Mächten wie der Sowjetunion. Demgegenüber ist Polen allein gegenüber dem westlichen kapitalistischen Ausland mit über 20 Milliarden DM verschuldet. Man könnte noch viele Punkte dieser Art nennen.

Die Kapitalisten hier wollen uns den Sozialismus dadurch madig machen, daß sie unter anderem auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ländern wie Polen hinweisen nach dem Motto: „Seht doch wie mies es den Arbeitern im Sozialismus geht." Aber das unaufhaltsame wirtschaftliche Aufblühen Albaniens, dem einzig wahrhaft sozialistischen Land in Europa, läßt ihr Argument letztlich zu einem Bumerang für sie werden. Albanien wird den Arbeitern der ganzen Welt immer deutlicher die gewaltige Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus vor Augen führen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Ausbeutung, wie sie im Buche steht!

Wir arbeiten in einer Maßschneiderei, wir sind zwölf Lehrlinge, zwei Praktikanten, zwei Gesellen und drei Meister. Unser Chef ist angeblich der beste (und teuerste!) Maßschneider in einer Großstadt. Die Frage ist nur, wer der bessere Schneider ist — seine Meister und Lehrlinge oder er? Uns allen ist nur eins klar, daß er sich eine goldene Nase an uns verdient!

Seine Hauptbeschäftigung besteht darin, mit seiner Belegschaft herumzubrüllen und in den Krümeln zu suchen, bloß damit er meckern kann. Sein Lieblingsspiel ist, sich irgendwelche Fehler auszudenken und dann einen Lehrling fälschlich zu beschuldigen. Diese Tatsache verärgert alle Lehrlinge im Betrieb. Sein Bestreben, den Laden weitgehend durchzurationalisieren, kommt unserer Ausbildung auch nicht gerade zugute. Wir werden von vorne bis hinten ausgebeutet, die Lehrlinge sind praktisch nur dazu da, von morgens bis abends Änderungen zu machen — möglichst noch mit unbezahlten Überstunden. Dafür verdienen wir ganze 200 DM im dritten Lehrjahr. Kurz vor der Prüfung bekommen wir dann auch mal eine Hose oder einen Sakko zu nähen, damit wir's dann können. Daß das nicht so ganz klappt, beweisen die Prüfungsnoten. Die Zahl der Lehrlinge ist auch bald nicht mehr zulässig, aber selbst wenn es mal so kommen würde — kein Grund zur Beunruhigung — unser Boß ist ja Mitglied der Handwerkskammer und sogar im Prüfungsausschuß, da sagt natürlich keiner was. Außerdem hat unser „lieber kleiner" Chef (er ist wirklich sehr klein!) eine besondere Neigung für junge hübsche Mädchen. Er macht selbst in Gegenwart seiner Frau plumpe Annäherungsversuche bei den weiblichen Lehrlingen. Wenn ihm was nicht paßt, dann wird er ausfallend und knallt einem Lehrling auch mal ein paar Garnrollen oder Bügel an den Kopf. Gegen solche Schikanen wollen sich viele von uns auch wehren, aber die Lehrlinge spalten sich momentan in drei Gruppen: solche, die sich offen auf die Seite des Chefs stellen; andere wieder halten sich aus allem raus, weil sie ihre Lehrstelle nicht verlieren wollen und schließlich wir, die wir uns nicht mit den Gegebenheiten abfinden und auf einen Kampf gegen die Ausbeutung hinarbeiten. Daß das nicht so leicht ist, zeigen schon die verschiedenen Tendenzen unter den Lehrlingen, aber wir gewinnen immer mehr Leute für unseren Kampf. Außerdem gelingt es immer besser, die Spalter unter uns vor allen zu entlarven und zu isolieren. Die Erfahrungen, die die Partei in anderen Betrieben bei solchen Kämpfen gemacht hat, helfen uns sehr dabei. Wir glauben an den Erfolg unserer Sache, denn wir vertrauen auf unsere eigene Kraft! Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Rotfront!
Zwei Lehrlinge des Betriebes

MPs vor den Werkstoren

Als die Arbeiter bei VW in Wolfsburg am Freitag nach Schichtende den Betrieb verließen, trauten sie ihren Augen nicht. Vor den Toren stand Polizei mit durchgeladenen Maschinenpistolen. Der Werkschutz hielt die Tore zu 3/4 geschlossen, so daß die Kollegen praktisch einzeln passieren mußten.

Warum dieser Terror vor dem Betrieb? Es wurde behauptet, jemand habe gedroht, daß Schmücker entführt werden solle. Die Kollegen reagierten auf diese „Erklärung" empört. So hieß es etwa: „Die wollen bloß ihre Macht demonstrieren, wenn einer den Schmücker entführen will, dann arbeitet er doch nicht vorher hier."

Rotfront!
Ein Genosse aus Wolfsburg

Krank zur Arbeit geschickt

Liebe Genossen,

vor einigen Tagen erzählte mir meine Kollegin folgendes: Sie fiel auf dem Weg zur Arbeit so unglücklich, daß sie sich Prellungen am Schienbein zuzog. Sie ging also zum Unfallarzt und wurde ca. 14 Tage krank geschrieben. In der Zwischenzeit war sie bei ihrem Hausarzt in Behandlung. Der fragte sie nach Ablauf der Zeit, ob sie meinte, wieder arbeiten zu können. Daraufhin sie: „Es tut beim Knien weh, und das Gelenk knackt sehr." Der Hausarzt schickte sie wieder zum Unfallarzt, weil er sie nicht krank schreiben kann. Er meinte aber, da könne Gelenkwasser ausgelaufen sein, sie solle sich vorsehen.

Sie geht zum Unfallarzt, erzählt ihm das und bekommt folgendes zu hören: „Man kann sich auch was einbilden. Gehen Sie erst mal zur Arbeit, die werden sich freuen, wenn Sie kommen und Ihnen leichte Arbeit geben." Meine Kollegin muß viel im Knien arbeiten, weil sie Ware in Regale eines großen Warenhauses packt. Und natürlich muß sie voll arbeiten, wenn sie zur Arbeit kommt, da gibt es keine Rücksicht.

Ihr Hausarzt war empört und fragte: „Wer war das? Mit dem habe ich schon vor Gericht gestanden. Der hat eine Patientin gesund geschrieben, die sich das Handgelenk gebrochen und das noch nicht auskuriert hatte. Den Prozeß habe ich verloren."

Das ist nicht nur ein Beispiel für das kapitalistische „Gesundheits"wesen, sondern auch dafür, wie die Berufsgenossenschaften, die ja mit den Unfallärzten zusammenarbeiten, mit Fleiß für „gesunde" Arbeiter sorgen!

Rotfront!
Eine Genossin aus Bremen

„Die scheinen ja mächtig Angst vor Leuten wie Ihnen zu haben."

Liebe Genossen,

ich arbeite auf dem Büro in einem Betrieb mit ca. 250 Mitarbeitern. Heute zeigte mir eine Kollegin aus der Buchhaltung, die mich als Kommunisten kennt, eine Rechnung. Daraus geht hervor, daß unser Chef demnächst an einem von der Firma „Mehr Wissen — Gesellschaft für Fortbildung in Wirtschaft und Betrieb — Dipl.-Volkswirt Max Glasmeyer KG" organisierten Seminar mit dem Thema: „Argumentation und Verhandlungstechnik gegenüber Radikalen" teilnehmen wird. Die Teilnahme an dem Seminar, das nur einen Tag dauert, kostet 300,00 DM. Der Kommentar meiner Kollegin dazu war: „Die scheinen ja mächtig Angst vor Leuten wie Ihnen zu haben."

Rot Front!
Ein Genosse

11. Gewerkschaftstag der IG Dru-Pa

Die radikalen Töne täuschen

Fortsetzung von Seite 1

schaftsmitglieder für einen Streik ausgesprochen. Aber anstatt nun den Willen der überwältigenden Mehrheit der Druckereiarbeiter zu erfüllen und einen richtigen machtvollen Streik zu organisieren, versuchten Mahlein und Konsorten mit der Taktik der Schwerpunktstreiks die Kampfkraft der Arbeiter zu untergraben und sie ins Leere verpuffen zu lassen. Die Unternehmer ihrerseits fühlten sich dadurch ermuntert und griffen ohne Zögern zu dem brutalen Mittel der Aussperrung, um den Arbeitern das Rückgrat zu brechen.

Aber die Arbeiter und kleinen Angestellten wollten nun noch entschlossener kämpfen. Sie zwangen die IG-Druck-Bonzen, endlich das Signal für den Vollstreik zu geben. Sie wehrten sich militant gegen Streikbruch. Sie führten trotz Polizeiterror an den Verlagshäusern Blockaden durch, um die Auslieferung von Notausgaben der Zeitungen zu verhindern. Sie führten einen der machtvollsten, militantesten Streikkämpfe seit langem in unserem Land durch. Aber dann würgte der Gewerkschaftsapparat, der anfangs noch getönt hatte „konsequent für neun Prozent", den Streik hinterhältig und mit allen Mitteln ab und zwang den Kollegen den schändlichen 6%-Abschluß auf. Ein Abschluß, der nur um Bruchteile eines Prozents über den Tarifabschlüssen der anderen Branchen lag, und der für die Druckereiarbeiter weiteren Abbau ihrer Reallöhne mit sich brachte.

Damals war die Empörung über den schmutzigen Verrat der Mahlein und Co. unter den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern sehr groß. Vielen Kollegen war damals klar geworden, daß die Bonzen der IG Druck und Papier trotz ihrer radikalen Töne Handlanger der Kapitalisten innerhalb der Arbeiterschaft sind, daß ihre Politik im Kern genauso reaktionär und arbeiterfeindlich ist, wie die der Bonzen in den anderen DGB-Gewerkschaften.

Auch wenn der Gewerkschaftsapparat der IG Druck mehr als andere DGB-Gewerkschaften an den Forderungen und Interessen der Kollegen anknüpft — er tut dies nur mit dem Ziel, die Kämpfe der Arbeiter in die Sackgasse der Klassenversöhnung zu lenken und ihnen die Kraft und die revolutionäre Spitze zu rauben. Wenn die IG Druck und Papier eine der wenigen DGB-Gewerkschaften ist, die sich dafür ausspricht, daß der DGB aus der Konzertierten Aktion austreten soll, dann doch nur deshalb, damit sich die Mitgliederbasis, die diese Forderung heftig vertritt, über den wirklichen Charakter des Gewerkschaftsapparats Illusionen machen soll.

Wie hat denn Mahlein die Forderung nach Austritt aus der Konzertierten Aktion begründet? Etwa damit, daß es zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse niemals gemeinsame Interessen, sondern nur unversöhnliche Gegensätze geben kann? Daß daher jede Klassenzusammenarbeit nur zur Schwächung und Spaltung in die Kämpfe der Arbeiterklasse trägt und diese Kämpfe abwürgen soll? Solche Worte kann man auch von einem Bonzen der IG Druck nicht erwarten. Die Argumente, die Mahlein gegen die Konzertierte Aktion anführte, entlarven nicht im geringsten ihren reaktionären Charakter, sondern beschönigen ihn: Die Konzertierte Aktion — so Mahlein — sei eine „autoritäre Angelegenheit"; sie befasse sich „immer nur mit den Löhnen, aber niemals mit den Preisen" u. ä.

Der Kern um den es dabei geht, die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Unterdrückung des unversöhnlich geführten Kampfes gegen die Kapitalisten und das kapitalistische System wird von Mahlein und Konsorten nicht angegriffen, sondern verteidigt. So tritt die IG Druck und Papier genauso wie alle Arbeiterverräter für den Mitbestimmungsbetrug ein, der zur Täuschung und Unterdrückung der Arbeiterklasse dient und sie vom revolutionären Klassenkampf abhalten soll. So sagte Mahlein: „In unserer Grundauffassung gehen wir jedoch zumindest von der Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit aus." Als könnten wir Arbeiter jemals mit unseren Ausbeutern und Unterdrückern gleichberechtigt sein.

Diese Arbeiterverräter ergreifen nur scheinbar für Forderungen der Arbeiter Partei. Im Endeffekt versuchen sie jedoch, deren Durchsetzung zu verhindern und wiegeln sie den Kampf ab. Das trifft auch auf den Kampf gegen den gegenwärtigen großangelegten Rationalisierungsfeldzug der Druck-Kapitalisten zu. Daß sie die Tarifverhandlungen über neue Techniken in der Druckindustrie für gescheitert erklärt haben, ist nicht Ausdruck einer Kompromißlosigkeit im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten, sondern eines der Manöver mit denen der Gewerkschaftsapparat die Arbeiter über seine wahren Absichten täuschen und sie vom selbständigen Kampf abhalten will.

Auf dem jetzigen Gewerkschaftstag wollte der Hauptvorstand die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse nach dem Muster der anderen DGB-Gewerkschaften in die Satzung einfügen lassen. Sie beinhalten, daß jedes Gewerkschaftsmitglied, das die KPD/ML oder eine andere revolutionäre Organisation unterstützt, ohne Verfahren als „gewerkschaftsfeindlich" ausgeschlossen werden kann. Dieser Antrag wurde auf dem Gewerkschaftstag jedoch abgeblockt und stattdessen wurde eine abgeschwächte Version in Kraft gesetzt. Nach ihr ist die Unterstützung oder Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation allein noch kein Ausschlußgrund, sondern es muß im jeweiligen Fall konkret „gewerkschaftsfeindliches Verhalten" nachgewiesen werden.

Sicherlich wird durch diese abgeschwächte Fassung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Ausschlußterror gegen revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen etwas erschwert. Aber die Stoßrichtung bleibt die gleiche. Kollegen, die für den konsequenten Kampf gegen die Kapitalisten eintreten und sich gegen den Verrat des Gewerkschaftsapparats und die Politik der Klassenzusammenarbeit entschlossen wehren, sollen ausgeschlossen werden. Nur soll diese sozialfaschistische Praxis etwas besser verschleiert, soll das linke Image des Gewerkschaftsapparats besser gewahrt bleiben.

Die relativ hohe Kampfbereitschaft und das starke Klassenbewußtsein eines großen Teils der Mitgliederbasis zwingt den Apparat der IG Druck und Papier zu radikalerem Auftreten und auch zu gewissen Zugeständnissen an klassenkämpferische Forderungen. Aber er ist deshalb nicht weniger eine Agentur der Kapitalisten innerhalb der Arbeiterbewegung, wie beispielsweise der IGM-Apparat oder der DGB-Apparat insgesamt. Darüber darf man sich keine Illusionen machen.

Bericht eines KWU Arbeiters

'Arbeitnehmerdemonstration' für Kernenergie

In Bonn fand vor einiger Zeit erneut eine sogenannte „Arbeitnehmer-Demonstration für Kernenergie" statt, die vom reaktionären IGM-Apparat veranstaltet wurde. Zu dieser Demonstration erhielten wir den Bericht eines Arbeiters der KWU in Mülheim, aus dem wir im folgenden Auszüge abdrucken.

An der Bonner Demonstration nahmen aus unserem Betrieb 2.000 von 5.000 Belegschaftsmitgliedern teil. Die Bonzen geben das als Erfolg aus, weil sie angeblich nur mit einigen hundert gerechnet hätten. In Wirklichkeit ist es aber eine Niederlage für sie, denn bei der Mülheimer Demonstration vor einigen Monaten ging noch praktisch der gesamte Betrieb mit, damals legten sich noch recht viele Kollegen für AKWs ins Zeug, heute dagegen merkt man nicht mehr sehr viel von derartigem Engagement.

Das erklärt auch die „Werbemethoden" für die Bonner Demonstration. Die Angestellten wurden praktisch gezwungen mitzufahren. Sie wurden einfach von den Gruppenleitern oder Betriebsräten für die Busfahrten angemeldet. Die Arbeiter hingegen wurden von Betriebsräten und Vertrauensleuten bearbeitet. Einmal mit dem demagogischen Argument, AKWs sicherten Arbeitsplätze und dann mit Sprüchen wie: „Schaut euch doch mal Bonn an, da machen wir eine schöne Sauftour, die Schicht wird bezahlt, nach Bonn zu fahren ist doch schöner als zu arbeiten", usw. Angestellte und Zeitlöhner bekommen die Schicht bezahlt, ob auch Akkordarbeiter Stunden für die Fahrt bekommen, ist noch nicht ganz klar. Die Busse wurden aus der Kameradschaftskasse bezahlt. Das ist eine von den Betriebsräten verwaltete Kasse, in die jeder monatlich 40 Pfg. zur Unterstützung in Not geratener Kollegen zahlt!

Einige aus meiner Abteilung sind deshalb nicht mit nach Bonn gefahren, weil sie der Meinung sind, daß es im Kapitalismus keinen sicheren Arbeitsplatz gibt. Das sieht man auch an unserem Betrieb. Wir haben noch für neun Monate Arbeit, hieß es auf der letzten Betriebsversammlung. Dann drohe Kurzarbeit, wenn nicht zügig an den AKWs weitergebaut werde. Doch was droht denn, wenn zügig weitergebaut wird? (Von den Folgen der AKWs für die Gesundheit oder die Arbeitsplätze der Zechenkumpel mal ganz abgesehen.) Dann droht der Einsatz von immer mehr numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, wodurch viele Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Mit Sicherheit werden auf die Dauer immer mehr Kollegen den Betrug der Kapitalisten und der Gewerkschaftsbonzen durchschauen.

Grundsatzentscheid des Bundesgerichtshofs

DGB-Apparat - staatlich geschützt

„Gewerkschaftsmitglieder, die für eine von ihnen zu gründende konkurrierende Organisation werben, handeln treuwidrig und machen sich unter Umständen schadensersatzpflichtig." Diesen Spruch des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe veröffentlichte der Gewerkschaftsapparat der Gewerkschaft ÖTV in triumphierendem Tonfall in der neuesten Ausgabe seiner Zeitschrift „ÖTV-Magazin".

Die ÖTV-Bonzen selbst haben auf diese Entscheidung des Bundesgerichtshofs hingedrängt. Sie haben zu diesem Zweck einen Prozeß gegen drei ÖTV-Mitglieder angestrengt. Nach den Angaben des ÖTV-Magazins hatten die drei ihre Mitgliedschaft in der ÖTV gekündigt und sich aktiv an der Gründung einer „Konkurrenzorganisation" beteiligt. Und zwar noch bevor die dreimonatige Kündigungsfrist, die in der ÖTV-Satzung festgelegt ist, abgelaufen war.

Das ÖTV-Magazin berichtet nicht, um welche „Konkurrenzorganisation" es sich in diesem Falle handelt. Möglicherweise ging es um die DAG oder um den Christlichen Gewerkschaftsbund. Aber wie dem auch sei — das sind nackte Erpressermethoden, mit denen die ÖTV-Bonzen hier gegen ihre Mitglieder vorgehen. Eine Gewerkschaftsführung, die die bürgerliche Klassenjustiz einsetzt, um ihre Mitglieder bei der Stange zu halten und ihr Monopol als stärkster Gewerkschaftsverband zu sichern, stellt allein dadurch schon ihre Arbeiterfeindlichkeit unter Beweis.

Letztlich richtet sich dieses Urteil in erster Linie nicht gegen solche offen reaktionären Konkurrenzorganisationen des DGB wie etwa die DAG, sondern gegen klassenkämpferische, revolutionäre Zusammenschlüsse der Arbeiter und kleinen Angestellten. Es kann z. B. angewendet werden gegen Rote Listen, die sich bei Betriebsratswahlen als Alternative zu den Listen des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats zur Wahl stellen. Und es richtet sich natürlich gegen den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten und den reaktionären DGB-Apparat unterstützt, organisiert und führt, und dabei die Einheit der Arbeiter auf der Grundlage ihrer Klasseninteressen schmiedet.

Der vom ÖTV-Apparat provozierte Entscheid des Bundesgerichtshofs muß als gezielter Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse verstanden werden. Das gewerkschaftliche Organisationsmonopol des DGB soll staatlich gestützt, soll mit gesetzlichen Maßnahmen gegen den klassenkämpferischen Zusammenschluß breiter Teile der Arbeiterklasse verteidigt werden. So trifft der kapitalistische Staat Vorsorge dafür, daß das „trojanische Pferd" der Kapitalisten (und nichts anderes ist der DGB-Apparat) seine Stellung in der Arbeiterbewegung behaupten kann. Eine andere Frage ist, daß das alles letztlich den Reaktionären nicht mehr helfen wird. Aber dessen ungeachtet ist dieser Entscheid ein weiterer Schritt zum noch stärkeren Verwachsen des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats mit dem kapitalistischen Staat, ein Schritt hin zu einer Art staatlicher Zwangsgewerkschaft, vergleichbar mit den sozialfaschistischen Gewerkschaften in den revisionistischen Ländern wie der Sowjetunion oder der DDR.

Heute ist es der Gewerkschaftsapparat selbst, der gemäß den berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüssen Arbeiter, die für die RGO eintreten, ausschließt. Aber warum? Um zu verhindern, daß die revolutionären Kräfte in den DGB-Gewerkschaften ihren Einfluß verbreitern. Deshalb ist zu erwarten, daß die DGB-Bonzen mit dem Argument, die RGO sei eine „konkurrierende Organisation", mit diesem Urteil des Bundesgerichtshofs in bestimmten Situationen gegen revolutionäre Arbeiter vorgehen werden, um auch damit den Aufbau der RGO zu sabotieren.

Die Politik der RGO besteht unter den heutigen Umständen nicht darin, die Arbeiter zum Austritt aus den DGB-Gewerkschaften aufzufordern. Zwar ist es die Aufgabe der RGO, selbständige Kämpfe ohne und gegen den DGB-Apparat zu organisieren. Dennoch wirkt sie darauf hin, daß die klassenbewußten und revolutionären Kollegen in den DGB-Gewerkschaften bleiben, um auch dort gegen den reaktionären Apparat zu kämpfen und breite Teile und letztlich den Großteil der Mitglieder auf der Grundlage der Klasseninteressen des Proletariats zusammenzuschließen. Das wird den DGB-Apparat und die bürgerliche Justiz jedoch nicht davon abhalten, mit dem zitierten Grundsatzentscheid gegen die revolutionären Arbeiter vorzugehen.

Es ist bezeichnend, daß dieser Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse auf Betreiben des DGB-Apparats zustandekam. Bezeichnend ist auch, daß die ÖTV-Bonzen den kapitalistischen Staat einschalten, daß sie mit der bürgerlichen Klassenjustiz drohen, um ihre Mitglieder unter Druck zu setzen und bei der Stange zu halten. Wenn die Zeitschrift des ÖTV-Apparats in dem erwähnten Artikel gleich eingangs in Fettschrift mit drohendem Unterton klarstellt: „Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat eine für alle Mitglieder wichtige Entscheidung zum Koalitionsrecht getroffen...", dann spricht das Bände über das Verhältnis des DGB-Apparats zu „seiner" Mitgliederbasis. Aber solche Methoden werden den Haß auf die Bonzen nur noch mehr schüren und deshalb letztlich den Aufbau der RGO nicht bremsen, sondern noch beschleunigen.

Der Aufbau der RGO steckt noch in den Anfängen. Zweifellos werden aber in Zukunft mit der weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe Situationen eintreten, wo nicht nur einzelne klassenbewußte Kollegen sich der RGO anschließen, sondern wo Arbeiter diesen Schritt massenweise tun. Möglicherweise ist dieser Schritt dann zugleich mit Massenaustritten aus dem DGB gekoppelt, mit der Entstehung selbständiger revolutionärer Verbände in einzelnen Branchen und Bereichen. Diese Entwicklung gab es auch schon Ende der zwanziger Jahre, als die von Thälmann geführte KPD die RGO schuf und in einzelnen großen Streiks der Einfluß der RGO sprunghaft anstieg und revolutionäre Gewerkschaftsverbände entstanden. In einer solchen Situation wird die Bourgeoisie bzw. der reaktionäre DGB-Apparat mit allen möglichen Terrormaßnahmen antworten. Unter anderem auch mit solchen gesetzlichen Mitteln wie dem zitierten Entscheid des Bundesgerichtshofs.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Am 22. 10. war bei Opel in Bochum „Tag der offenen Tür". Dazu wurde von der Opelbetriebszelle unserer Partei das folgende Extrablatt unserer Betriebszeitung „Zündkerze" an die Besucher und an die Opel-Kollegen verteilt.

Opel - ein Betrieb in dem es sich lohnt zu arbeiten? Nein!

Eine Knochenmühle der Amis!

Rekordgewinne, soziale Sicherheit für die Arbeiter, ein Betrieb, in dem es sich lohnt zu arbeiten, in dem Kapitalisten und Arbeiter unter einem Dach Rekorde erzielen und es dem Arbeiter immer besser geht? Diesen Eindruck jedenfalls will Opel heute den Besuchern vermitteln, und diesen Eindruck soll die Bevölkerung ebenfalls durch die pompöse Glanzbeilage zum Geschäftsbericht 1976 erhalten, die jedem Haushalt zugesteckt wurde. Aber wie sieht denn die Wirklichkeit, die die Betriebsführer den Besuchern garantiert nicht erzählen, aus?

911 Millionen aus den Knochen der Arbeiter

Auf 911 Millionen beläuft sich der frisierte Bilanzgewinn, den die Opel-Kapitalisten 1976 ihren Herren von General Motors in Detroit überwiesen haben. Für die General-Motors-Herren war es das „Jahr der Rekorde", das „erfolgreichste in der 115jährigen Geschichte ihres Unternehmens". Ist es das Werk aller Mitarbeiter, wie sie zu sagen pflegen? Keinesfalls! Einzig und allein durch übelste, raffinierteste und „wissenschaftlich" ausgeklügelte Ausbeutungsmethoden sind den fast 60.000 Arbeitern die Millionen ausgepreßt worden. Für die General-Motors-Herren Millionen — für die Arbeiter Ruinierung ihrer Gesundheit, Sonderschichtenterror, enorme Bandgeschwindigkeiten und Akkorde, unsichere Arbeitsplätze, effektiver Lohnabbau, Arbeitsunfälle und Tote — das ist die Bilanz für die Arbeiter.

40-Stunden-Woche bei Opel?

Oh nein! Wer bei Opel arbeitet, muß fast 44 Stunden in der Woche arbeiten. So war es 1976. Und wer hofft, das Wochenende mit seiner Familie verbringen zu können, dem macht Opel einen Strich durch die Rechnung. Fast jeden zweiten Samstag mußten die Kollegen 1976 für die Opel-Kapitalisten schuften, genau 22 Sonderschichten. Mit welchen Methoden diese Sonderschichten gegen den Willen der Kollegen durchgesetzt werden, das zeigt das jüngste Beispiel. Entweder ihr macht acht Sonderschichten oder wir zahlen euch nicht die Zulage von 400 DM am Jahresende. Das ist nichts als Erpressung!

Gegen diesen Sonderschichtenterror wehren sich die Kollegen. Zweimal zogen bereits in diesem Jahr ca. 400 Kollegen in der Mittagspause und teilweise darüber hinaus vor das Gebäude der Geschäftsleitung, wobei der IGM-Betriebsrat ihnen in den Rücken fiel. In Rüsselsheim gab es verschiedene Aktionen gegen die Sonderschichten. So entrollten Kollegen auf einer Belegschaftsversammlung, auf der auch Schmidt sprach, ein großes Transparent mit ihren Forderungen. Die Forderungen der Opel-Arbeiter sind: Keine Sonderschichten! Ausreichender Lohn bei 40 Stunden! Arbeitszeitverkürzung der Schichten von 6-14 Uhr und 14-22 Uhr.

„Wir haben zum Glück eine junge Belegschaft"

Das war der zynische und unverschämte Ausspruch eines Managers der Opel-Betriebskrankenkasse. Ältere Arbeiter sind für die Opel-Kapitalisten nichts wert, sie können die unmenschlichen Bandgeschwindigkeiten nicht mehr durchhalten, ihre Gesundheit ist bereits ruiniert. Sie werden meist auf weniger bezahlte Arbeitsplätze gesetzt oder fliegen raus. Brutal kalkulieren die Opel-Manager mit der menschlichen Arbeitskraft, die für sie nichts als eine Ware ist. So werden hauptsächlich nur junge Arbeiter eingestellt. Sie sind noch kräftig und haben noch nicht so hohe „Fehlzeiten". Aus ihnen ist das meiste herauszuschinden. Sehen Sie sich an den Bändern um! Dort arbeiten hauptsächlich junge deutsche und ausländische Kollegen.

Mit weniger Arbeitern mehr Autos produziert

Wie die Ausbeutung verschärft wurde, das beweisen diese Zahlen: 1972 produzierten 59.155 Arbeiter 3.677 Einheiten. 1976 produzierten 58.421, also weniger Arbeiter, 3.809 Einheiten, also deutlich mehr. Oder anders ausgedrückt: Jeder Arbeiter baute 1975 im Schnitt 12,4 Autos, während er bereits 1976 16,4 Autos baute, also vier mehr. Erreicht worden sind diese Zahlen durch die Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten, Sonderschichten, Erhöhung der Arbeitsgänge, die von den einzelnen Kollegen geleistet werden müssen, Antreiberei u. a. m.

Schafft Opel Arbeitsplätze für die Arbeitslosen?

Fünf Milliarden will General Motors für Opel investieren. „Ein Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Aufwendungen für die Arbeitsplatzverbesserung und den Umweltschutz", wie die Opel-Kapitalisten das Investitionsprogramm anpreisen? Seit wann haben denn die Opel-Kapitalisten ein Herz für die Arbeitslosen, seit wann sorgen sie sich um Verbesserungen für die Arbeiter? Sie sind ja nicht einmal bereit, eine Klimaanlage einzubauen. Sie erhoffen sich durch neue Investitionen größere Marktanteile in der Autoproduktion zu ergattern, sie wollen mit den Milliarden die Betriebe umkrempeln und durchrationalisieren, um noch höhere Profite zu machen und ihre Konkurrenten auszustechen. Mit weniger Arbeitern noch mehr produzieren, das ist ihre Devise. Statt neuer Arbeitsplätze systematische Vernichtung von Arbeitsplätzen, statt besserer Arbeitsplätze verstärkte Ausbeutung und Arbeitshetze. Solange das Strohfeuer der hohen Autoproduktion noch brennt, soviel wie möglich herausholen, wenn es verlischt — Kurzarbeit, Massenentlassungen, Stillegungen usw., das wäre nicht das erste Mal.

Bei Opel herrscht kein Klassenfrieden!

Gegen diese Zustände in der Knochenmühle Opel setzen sich die Arbeiter zur Wehr. So hat es große Streiks und Demonstrationen 1970 und 1973 gegeben. 1972 haben die spanischen Arbeiter gestreikt. In unzähligen kleineren Aktionen haben die Kollegen ihren Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung bei Opel zum Ausdruck gebracht. Zigmal sind Hunderte Kollegen zur Geschäftsleitung gezogen, wie erst kürzlich. In allen Kämpfen haben sich die IGM-Betriebsräte, die sich Ihnen heute als Interessenvertreter der Arbeiter aufspielen, als Handlanger und willige Werkzeuge der Opel-Kapitalisten zur Niederhaltung und Spaltung der Arbeiter erwiesen. Nicht Harmonie zwischen Arbeitern und Kapitalisten herrscht bei Opel, wie es die Herren Ihnen gerne glaubhaft machen wollen, sondern eine unüberbrückbare Feindschaft herrscht zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. Die Betriebszelle der KPD/ML unterstützt die Arbeiter und arbeitet für den Zusammenschluß der Arbeiter gegen die Opel-Kapitalisten und ihre Handlanger in der Arbeiterklasse, zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Sie zeigt den Arbeitern den einzigen Ausweg aus Unterdrückung und Ausbeutung, den Kampf für den Sozialismus.

Mannesmann in Duisburg-Mündelheim

Grossrohrwerk droht Stillegung

Die Mannesmann-Kapitalisten haben in den vergangenen Jahren Rekordprofite gescheffelt, wie nie zuvor. Jetzt, wo die Krise in der Stahlindustrie seit über zwei Jahren hinzieht und ein Ende nicht in Sicht ist, wollen sie mit allen Mitteln ihre Profite weiterhin hochhalten. In erster Linie dadurch, daß rücksichtslos alle Lasten auf den Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten abgewälzt werden. Es ist bekannt, daß sie die Stillegung zweier ihrer Werke in Düsseldorf-Reisholz beschlossen haben, wodurch 1.800 Kollegen in ihrer Existenzgrundlage bedroht sind. Jetzt werden auch in den Duisburger Mannesmann-Betrieben die Angriffe der Konzernherren gegen die Stahlwerker immer brutaler. Da ist das Großrohrwerk in Duisburg-Mündelheim.

Seit Juli dieses Jahres ruht hier die Arbeit. Bis Ende dieses Jahres ist dieser Betrieb „vorübergehend stillgelegt". Betroffen sind rund 1.000 Kollegen. Im Januar soll das Werk zwar wieder in Betrieb genommen werden, aber nur noch im Einschichtbetrieb. Dadurch werden 400 Kollegen „überfällig". Es wird vermutet, daß in absehbarer Zeit das Werk endgültig geschlossen wird. Darüber schweigen sich die Konzernherren aber noch aus.

Im Moment sind die Kollegen vom Großrohrwerk praktisch „vorübergehend arbeitslos". Einen Teil der Löhne bezahlt das Arbeitsamt (wieviel die Kollegen dabei an Lohneinbußen aufgehalst bekommen, ist uns bis jetzt nicht bekannt). Hin und wieder werden Kollegen zu kurzfristigen Arbeiten und zu Instandsetzungsarbeiten im Mündelheimer Werk eingesetzt, je nachdem, wie es den Mannesmann-Bossen gerade in den Kram paßt.

Was soll nun mit den 400 Kollegen, die ab Januar „eingespart" werden sollen, geschehen? Die Mannesmann-Kapitalisten haben dazu folgendes bekanntgegeben: 200 Kollegen sollen auf die Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen umbesetzt werden. Was das längerfristig bedeutet, kann man sich ungefähr ausrechnen, wenn man weiß, daß auf der Hütte schon jetzt ein massiver Rationalisierungsfeldzug im Gange ist, dem zunehmend mehr Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Und zudem wird gemunkelt, daß auch das Siemens-Martin-Werk auf der Hütte in einiger Zeit stillgelegt werden soll.

Die anderen 200 Kollegen sollen nach den Plänen der Konzernherren in Mannesmann-Betriebe außerhalb Duisburgs umbesetzt werden: nach Düsseldorf und Mülheim. Abgesehen von den langen Anfahrtswegen sind auch hier die Arbeitsplätze keinen Funken sicherer als in den Hüttenwerken in Huckingen.

Schon jetzt stellen die Mannesmann-Kapitalisten die Weichen dafür, einen großen Teil der Belegschaft des Mündelheimer Werkes zu entlassen. So üben sie auf die türkischen Arbeiter Druck aus, folgendes Angebot zu akzeptieren: Sie sollen ein Darlehen von 5.000 DM von Mannesmann aufnehmen und dann zwei bis drei Monate unbezahlten Urlaub in der Türkei machen. Wer nicht mehr zurückkommt, „darf" die 5.000 DM als Abfindung behalten. Wer seine Arbeit wieder antreten will, muß das Darlehen von 5.000 DM zurückzahlen. Desweiteren haben sie den deutschen Kollegen angeboten, für eine Abfindung von ebenfalls 5.000 DM freiwillig zu kündigen. Dieses Vorgehen ist eine abgefeimte Taktik, mit der die Kapitalisten mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen wollen.

Erstens wollen sie die Kosten der Produktionseinschränkungen abwälzen. Und zwar zum einen direkt auf die Arbeiter, die Lohneinbußen hinnehmen müssen; zum anderen auf die Kasse der Arbeitslosenversicherung, die aber auch aus den Beiträgen der Arbeiter gespeist wird.

Zweitens verfolgen sie so eine Taktik der schleichenden Stillegung. So wollen sie einen geschlossenen Kampf der Belegschaft gegen die Stillegungen unmöglich machen. Würden die Mündelheimer Kollegen sich geschlossen zu Kampfmaßnahmen erheben, wäre dies für die Bosse sehr gefährlich, denn dieser Kampf würde mit dem Widerstand gegen die Stillegungen in Reisholz zu einer machtvollen Kampffront verschmelzen. Zudem kommen die Kapitalisten so darum herum, für Mündelheim einen Sozialplan zu erstellen, wenn das Werk dann endgültig stillgelegt werden soll.

An all dem wird deutlich: Gegen das skrupellose Vorgehen der Mannesmann-Kapitalisten hilft nur eins — die Kollegen müssen sich zum unversöhnlichen Kampf erheben, müssen kompromißlos gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Dabei dürfen sie sich nicht im geringsten auf den IGM-Apparat bauen. Gerade die Kämpfe gegen die Stillegungen in Reisholz haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der IGM-Apparat mit den Konzernherren unter einer Decke steckt. Auch auf den Betriebsrat können sich die Mündelheimer Kollegen nicht stützen. Er hat all den ungeheuerlichen Angriffen der Mannesmann-Bosse seine Zustimmung gegeben. Er steht ebenfalls auf der anderen Seite der Barrikade. Nur wenn die Kollegen selbständig den Kampf aufnehmen, wenn sie auf die eigene Kraft vertrauen und auf die kämpferische Solidarität der Kollegen in den anderen Mannesmann-Betrieben, die sich ebenfalls gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierungsterror wehren, können sie Erfolge erringen.

Unsere Haltung zur RAF

Wie stehen wir Kommunisten zur Entführung und Erschießung Schleyers? Warum verurteilen wir die verbrecherische Flugzeugentführung des Lufthansajets mit Urlaubern aus Mallorca an Bord? Wie steht unsere Partei zur Taktik des individuellen Terrors?

Diese und ähnliche Fragen sind nach den Ereignissen der letzten Wochen erneut bei vielen Menschen aufgetaucht. Nicht zuletzt deshalb, weil die Bourgeoisie mit ihrer Hetze gegen den „Terrorismus" systematisch versucht, uns Kommunisten nicht nur mit den Anhängern der Taktik des individuellen Terrors, sondern auch mit den Entführern der Lufthansamaschine in einen Topf zu werfen.

Wir haben bereits in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" festgestellt: Die Flugzeugentführung und die Drohung, die Passagiere und Besatzungsmitglieder in die Luft zu sprengen oder zu erschießen, war verbrecherisch, weil die Luftpiraten Gewalt gegen Werktätige, gegen Menschen aus dem Volk angewendet haben. Sie mögen sich dreimal als Revolutionäre und Antiimperialisten nennen, ihre Aktion ist dennoch konterrevolutionär. Denn der revolutionäre Kampf und die Anwendung revolutionärer Gewalt richten sich niemals gegen das Volk, sondern gegen die Ausbeuterklassen und ihre Handlanger, gegen den bürgerlichen Staat und seine Organe.

Die Luftpiraten von Mogadischu haben durch ihre konterrevolutionäre Aktion außerdem der Bourgeosie einen willkommenen Vorwand für ihre schon seit langem verbreitete niederträchtige Lüge geliefert, die revolutionäre Gewalt richte sich gegen die Werktätigen.

„Killing is no murder"

Wie aber steht es mit den Attacken auf Buback, Ponto und Schleyer? Die Bourgeoisie schreit „unmenschlicher Mord" und auch die modernen Revisionisten der DKP fallen in diesen Chor ein, wenn sie von „verabscheuungswürdigem Mord" schreiben, für den es „keinerlei Rechtfertigung" gebe. Wie stehen wir Kommunisten dazu? Als 1916 der österreichische Revolutionär Adler einen Minister erschoß, schrieb Lenin: „,Killing is no murder' (Tötung ist kein Mord — RM) schrieb unsere alte Iskra über Attentate, wir sind aber nicht gegen politischen Mord (es ist einfach niederträchtig, was die Opportunisten, ,Vorwärts' und ,Wiener-Arbeiterzeitung' in diesem Sinne lakaienhaftes schreiben) aber als revolutionäre Taktik sind die individuellen Attentate unzweckmäßig und schädlich. Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann und muß auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein..." (Lenin, Werke, Bd. 35, S. 217)

Lenin denkt also nicht im Traum daran, die Tötung eines Angehörigen der Ausbeuterklasse moralisch zu verurteilen. Im Gegenteil. Er verurteilt die Revisionisten, weil sie sich der Bourgeoisie anbiedern, weil sie mit der moralischen Verurteilung solcher Attentate zugleich auch jede Gewalt gegen die Ausbeuterklassen verurteilen.

Lenin beurteilt die Taktik des individuellen Terrors vom Standpunkt der Revolution aus. Und von diesem Standpunkt aus verurteilt er diese Taktik, weil sie unzweckmäßig ist, weil sie die Arbeiterklasse desorganisiert, weil sie objektiv gegen die Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats gerichtet ist. Und genau das muß auch heute der Standpunkt jedes Marxisten-Leninisten gegenüber der Taktik des individuellen Terrors sein.

Was heißt Taktik des individuellen Terrors?

Lenin sagt, daß die Anwendung des Terrorismus als Taktik in der „systematischen Organisierung politischer Attentate ohne Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Massen" besteht. (Werke, Bd. 23, S. 120) Die Ideologie, die sich hinter dieser Taktik verbirgt, wird in der „Geschichte der KPdSU (B)" folgendermaßen charakterisiert: „Die Politik des individuellen Terrors entsprang der falschen Theorie ... von den aktiven ,Helden' und dem passiven ,Haufen', der von den ,Helden' Großtaten erwartet. Diese falsche Theorie besagte, daß nur einzelne hervorragende Persönlichkeiten die Geschichte machen, die Masse jedoch, das Volk, die Klasse, der ,Haufe', wie sich die volkstümlerischen Schriftsteller verächtlich ausdrückten (die Volkstümler waren Anhänger der Taktik des individuellen Terrors — RM), zu bewußten, organisierten Handlungen nicht fähig sei, daß sie den Helden nur blindlings folgen könne." („Geschichte", S. 16)

Und weiter: „Drittens hatten die Volkstümler eine irrige und schädliche Auffassung vom Gesamtverlauf der Geschichte der Menschheit. Weder kannten sie noch verstanden sie die Gesetze der ökonomischen und politischen Entwicklung der Gesellschaft. Sie waren in dieser Hinsicht völlig rückständige Leute. Nach ihrer Meinung wird die Geschichte weder von den Klassen noch vom Klassenkampf gemacht, sondern lediglich von einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten, ,Helden', denen die Masse, der ,Haufe', das Volk, die Klassen blind nachfolgen." („Geschichte", S. 18)

Verrat am Marxismus-Leninismus und der Revolution

All dies trifft auch voll und ganz auf die Politik der RAF zu. In einem Interview der RAF, das vor einiger Zeit im „Spiegel" abgedruckt wurde (Nr. 4/75), heißt es z. B.: „Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische und republikanische Traditionen."

Damit leugnet die RAF direkt die Tatsache, daß die Arbeiterklasse die revolutionärste Klasse der kapitalistischen Gesellschaft ist, die dazu berufen ist, alle anderen vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten unter ihrer Führung zu vereinigen, um den Sieg in der proletarischen Revolution zu erringen. Sie leugnet damit auch, daß die Arbeiterklasse ihre führende Rolle nur durch ihre marxistisch-leninistische Partei verwirklichen kann. In dem oben angeführten Zitat werden nicht nur die Kämpfe der Arbeiterklasse mit einem Federstrich unter den Tisch gewischt. Mit einem Federstrich wird auch die Oktoberrevolution in Rußland, die zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus führte, werden die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Kampf der kommunistischen Parteien beiseitegefegt. Es ist nicht verwunderlich, daß die RAF dann in dem oben erwähnten Interview in diesem Zusammenhang offene Angriffe gegen die KPD Ernst Thälmanns und die kommunistische Weltbewegung startet. Wir reden schon gar nicht von der offenkundigen Verachtung der Massen und der maßlosen Überschätzung der eigenen Gruppe, von der man offenbar glaubt, mit ihrer Existenz fange die Geschichte des revolutionären Kampfes überhaupt erst an.

Eine Politik, die sich auf solche Auffassungen gründet, ist, unabhängig von der subjektiven Ehrlichkeit, die es bei manchen RAF-Anhängern geben mag, antirevolutionär. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, schrieben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest. Die RAF redet vom Kampf einer kleinen Gruppe gegen die Bourgeoisie. Beides ist unvereinbar. Die Auffassungen der RAF sind antimarxistisch und antirevolutionär. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, und die Geschichte beweist die Richtigkeit dieser Lehre, daß der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung niemals das Werk einiger „Helden" sein kann. Die Arbeiterklasse kann sich nur selbst befreien, wenn sie sich als Klasse in der sozialistischen Revolution erhebt, die Herrschaft der Kapitalistenklasse gewaltsam zerschlägt und die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats errichtet. Um in diesem Kampf siegen zu können, braucht die Arbeiterklasse die entschlossene und sichere Führung durch die kommunistische Partei, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt. Nicht die Attentate der Volkstümler und Sozialrevolutionäre führten bekanntlich zum Sturz des Zarismus und der Beseitigung des Kapitalismus in Rußland, sondern der revolutionäre Kampf der von der bolschewistischen Partei Lenins geführten Millionenmassen mit der Arbeiterklasse an der Spitze.

Mag die RAF noch so sehr beteuern, daß sie für die Revolution, für den Sturz des Imperialismus kämpft — wer die Rolle des Klassenkampfes als Triebkraft der Geschichte, wer die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Revolution leugnet, wer dem Marxismus-Leninismus feindlich gegenübersteht, arbeitet objektiv der Bourgeoisie und der Konterrevolution in die Hände.

Daß der Schritt von solchen Auffassungen zum direkten Abgleiten ins Lager der Konterrevolution durchaus folgerichtig ist, beweist die Entführung des Lufthansajets. Von der Massenverachtung zur Anschauung, die Massen seien reaktionär, und zu direkten Aktionen gegen die Massen ist der Weg nicht weit.

Um ihre Taktik des individuellen Terrors zu begründen, hat die RAF die Theorie des „äußeren Anstoßes" entwickelt. Diese Theorie besagt, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, da sie unfähig sind, sich zum revolutionären Kampf zu erheben, von außen aufgerüttelt werden müssen. Dies geschehe angeblich durch die Befreiungskämpfe der Völker und die Aktionen der Stadtguerilla in den kapitalistischen Ländern. (Ohne näher darauf einzugehen, sei hier nur festgestellt, daß die RAF mit dieser Theorie im Grunde den gleichen Standpunkt wie die Verfechter der revisionistischen „Theorie der drei Welten" vertritt, die auch behaupten, daß die Hauptkraft der Revolution im internationalen Maßstab in der sogenannten „dritten Welt" liege.)

Die Theorie des „äußeren Anstoßes" ist ebenfalls opportunistisch und antirevolutionär. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Klassenkampf eine objektive Erscheinung ist und sich unabhängig vom Willen der Menschen entwickelt. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern führt unvermeidlich zum Entstehen einer revolutionären Situation. Die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker beeinflussen diese Entwicklung, aber sie können niemals die entscheidende Rolle spielen. Ganz zu schweigen von den Aktionen einer Handvoll von den Massen losgelöster sogenannter Guerrilleros. Solche Aktionen rütteln die Arbeiterklasse nicht nur nicht auf, sondern hemmen direkt die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes.

Die Revolution siegt aber nicht „automatisch". Entscheidend für den Sieg der Revolution ist, ob die Massen von ihrer Notwendigkeit überzeugt sind, ob sie vorbereitet sind, die Macht zu ergreifen, ob sie in genügender Weise politisch und ideologisch mobilisiert und organisiert sind. Ist dies nicht der Fall, wird die Revolution auf jeden Fall eine Niederlage erleiden. Die Vorbereitung der Massen auf die Revolution ist nicht die Arbeit eines einzigen Tages. Sie ist das Ergebnis der systematischen und beharrlichen Erziehung der Massen durch die kommunistische Partei. Ohne diese Erziehung, ohne die Schmiedung der revolutionären Front aller ausgebeuteten Klassen und Schichten in den täglichen Kämpfen, ohne die Zusammenfassung und Führung aller dieser Kämpfe durch die kommunistische Partei ist an den Sieg der Revolution nicht zu denken.

Die Anhänger des individuellen Terrors aber sehen weder die Notwendigkeit der Partei, noch die Notwendigkeit der systematischen Erziehung der Massen für die proletarische Revolution. Durch ihre Politik sabotieren sie geradezu die Vorbereitung der Massen auf die Revolution. Was machen sie denn? Durch ihre Taktik des von den Massen isolierten, von untereinander nur lose zusammenhängenden Gruppen geführten Kampfes, tragen sie den Geist der Zersplitterung, der Desorganisation in die Arbeiterklasse. Durch ihre Anbetung des Terrorismus sabotieren sie die revolutionäre Erziehung der Arbeiterklasse. Durch ihre Behauptung, die kommunistische Partei sei überflüssig, wollen sie die Arbeiterklasse ihrer Führung berauben. Im Grunde genommen läuft ihre ganze Theorie darauf hinaus, die Arbeiterklasse, wenn sie der RAF folgen würde, zu entwaffnen, so daß sie im entscheidenden Moment eine Niederlage erleiden würde.

Nicht umsonst hat Lenin auf den engen Zusammenhang zwischen den Opportunisten und den Terroristen hingewiesen. Er schrieb: „Die Ökonomisten und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomisten — der Spontaneität der ,reinen Arbeiterbewegung', die Terroristen — der Spontaneität der leidenschaftlichen Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden." (Bd. 5, S. 432)

Die Taktik des individuellen Terrors und die Auffassungen, die hinter ihr stecken, sind mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar und gegen ihn gerichtet. Sie müssen deshalb entschieden bekämpft werden.

Die revolutionäre Gewalt ist notwendig und gerechtfertigt

Um unseren Standpunkt völlig klar zu machen, möchten wir hier ein weiteres Zitat Lenins anführen. Er sagte: „Jedenfalls sind wir überzeugt, daß die Erfahrung der Revolution und Konterrevolution in Rußland die Richtigkeit des mehr als zwanzigjährigen Kampfes unserer Partei gegen den Terrorismus als Taktik bestätigt hat. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Kampf im engen Zusammenhang mit dem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus, der geneigt war, jede Gewalt von Seiten der unterdrückten Klassen gegen ihre Unterdrücker zu verwerfen, geführt worden ist. Wir waren immer für die Anwendung der Gewalt, sowohl im Massenkampfe als auch im Zusammenhang mit diesem Kampfe. Zweitens haben wir den Kampf gegen den Terrorismus mit einer jahrelangen ... Propaganda des bewaffneten Aufstandes vereinigt. Wir sahen in ihm nicht nur die beste Antwort des Proletariats auf die Politik der Regierung, sondern auch das unvermeidliche Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes für den Sozialismus und die Demokratie. Drittens haben wir uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z. b., vier Jahre vor der Revolution, die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen." (Werke, Bd. 23, S. 121)

In diesem Zusammenhang betonte Lenin auch: „**Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen.** Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann." (Werke, Bd. 5, S. 7)

Die Taktik des individuellen Terrors einzuschlagen, bedeutet aber, wie wir gesehen haben, Sabotage des revolutionären Kampfes und der proletarischen Revolution. Gerade weil die Revolution das Werk der Massen und nicht das einiger „Helden" ist, kommt alles darauf an, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen systematisch auf die Revolution vorzubereiten, sie von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen, sie für dieses Ziel zu mobilisieren und im Kampf zusammenzuschließen. Ohne diese Arbeit kann die Revolution nicht siegen.

Großfahndung

'Vier mutmassliche Terroristen'

Gegenwärtig stehen wieder Großfahndungen auf der Tagesordnung. Angeblich richten sie sich nur gegen einige „Terroristen". Wie schnell aber einfache Werktätige in den Augen der Polizei zu „Terroristen" werden und wie es ihnen dann ergeht, schildert der folgende Bericht von vier Personen, die vor kurzem Opfer einer solchen polizeilichen „Terroristenfahndung" wurden.

Auf unserer Fahrt wurden wir, zwei Frauen und zwei Männer, spätabends in einer Großstadt im Ruhrgebiet plötzlich von einem PKW überholt und gestoppt. Zwei zivile Männer sprangen mit gezogenen Pistolen aus dem Auto. Der eine kam auf unseren Fahrer zu und drohte: „Falls sie Waffen bei sich haben, dann lassen Sie sie lieber stecken." Dann stellte er sich als zivile Streife vor und forderte uns auf, die Ausweise vorzulegen. Sein „Kollege" hatte unterdessen auf der anderen Seite unseres Autos Stellung bezogen. Im Schatten eines Baumes stand er regungslos, leicht breitbeinig, betont unauffällig (er wollte wohl keine Aufmerksamkeit bei den vorübergehenden Passanten erregen) und hielt die Pistole schußbereit in der Hand seines abwärts ausgestreckten Armes.

Unsere Personaldaten wurden über Funk zur Überprüfung gegeben, unsere Fotos mit Fahndungsfotos verglichen. Jede unserer Bewegungen wurde genau beobachtet. Ca. 30 Minuten verharrten wir in nervöser Anspannung. Wir erhielten unsere Ausweise mit der lakonischen Bemerkung zurück, daß wir in „dieser Zeit" eben mit sowas rechnen müßten. Schließlich bot man uns mit aufdringlicher Höflichkeit an, uns in Richtung Autobahneinfahrt zu lotsen.

Wir atmeten auf, als wir auf der Bundesstraße endlich wieder allein fuhren. In der Aufregung übersahen wir die Autobahneinfahrt und fuhren auf eine Grundstücksauffahrt, um zu wenden — doch hier sollte vorläufig unsere Fahrt ein Ende finden.

Eine Polizeistreife hatte uns verfolgt und fuhr dicht auf unseren Wagen auf. Zwei Polizisten sprangen mit gezogenen Pistolen aus dem Streifenwagen und forderten uns auf, „schön langsam" aus dem Auto zu steigen und unsere Ausweise vorzuzeigen. Unser Hinweis, daß wir soeben von einer zivilen Streife überprüft worden seien, ging im Kreischen der Bremsen zweier mit aufgeblendeten Scheinwerfern heranrasender Einsatzwagen unter. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Uniformierte sprangen aus den Wagen. Zwei weitere zivile Wagen jagten heran: die Einsatzleitung. Schließlich kam ein VW-Bus mit Blaulicht und aufgeblendeten Scheinwerfern mit quietschenden Reifen vor uns zum Stehen: Verstärkung. Maschinenpistolen richteten sich auf uns, halbkreisförmig postiert, weitere Polizisten standen mit gezogenen Pistolen in Deckung.



Polizeikontrolle mit durchgeladener Maschinenpistole

Es herrschte Aufregung und bedrohliche Spannung: „Wo sind denn die Vier? Die Hände hochheben, an den VW-Bus stellen und keine Bewegung! — Und ihr stellt euch dort auf", sagte der Einsatzleiter zu den mit Maschinenpistolen bewaffneten Uniformierten. In Einschätzung der Gefährlichkeit der Situation machte einer von uns, der seine Hände noch in den Hosentaschen hatte, den hinter ihm aufgestellten MP-bewaffneten Beamten darauf aufmerksam, daß er erst seine Hände aus den Hosentaschen nehmen müsse. Wir weiß, eine falsche Bewegung ... und ... — Wir wurden an den VW-Bus gestellt und anschließend mit Handschellen gefesselt.

Mittlerweile machte sich ein Kommando an die Untersuchung unseres Autos. Der Kofferraum mit unseren Reisegepäcktaschen wurde ausgeräumt. Außerdem begann eine gründliche Leibesvisitation. Alle Gegenstände, die wir in den Taschen trugen, wurden uns abgenommen. Wir verlangten eine Quittung, die wir allerdings nicht erhielten. Wir waren völlig rechtlos, da wir verdächtig waren.

Scheinwerferkegel wurden auf uns gerichtet, und ein scharfer, vor Aufregung jaulender Schäferhund herangeschafft. Allmählich begannen wir zu frieren, denn wir hatten zuvor in einem warmen Auto gesessen. Die Aufregung tat ihr Übriges. Wir forderten Pullover. Keine Reaktion. Wir froren immer mehr und zitterten am ganzen Körper, (was deutlich sichtbar war). Immer wieder forderten wir warme Kleidung. Da meinte der Einsatzleiter zynisch: „Wieso? Ich habe doch auch nur einen Pullover an und friere nicht." Weiterhin bestanden wir hartnäckig auf wärmenden Kleidungsstücken (was uns als „Aufmucken" ausgelegt wurde), bis man uns endlich ein Kleidungsstück um die Schultern legte.

Einem von uns waren die Handschellen verkantet angelegt worden, was ihm Schmerzen bereitete. Erst nach mehrmaligem, gemeinsamem Protest wurden ihm die Handschellen gelockert.

Ein weiteres Auto, in dem drei Frauen und ein Mann saßen, wurde gestoppt, der Fahrer gewaltsam zum VW-Bus gestoßen und mit kräftigen schmerzhaften Fußtritten gegen die Innenfußknöchel aufgefordert, sich breitbeinig hinzustellen. Er protestierte, er sei unschuldig. Schließlich sei er doch nur auf der Demonstration in Bonn gewesen (gemeint war die Demonstration gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML). „Ich war 9 1/2 Jahre aus politischen Gründen in Bautzen (KZ in der DDR), und danach haben sie mich 1975 mit Bananen nach Westdeutschland gelockt. Hier glaubte ich in Freiheit leben zu können, aber, was ich hier erlebe ist blanker Faschismus. Die Terroristen finden sie nicht, und dafür lassen sie ihre Wut nun an uns aus." Ein Polizist griff ihn daraufhin und stieß ihn in den VW-Bus, der als Gefangenentransporter ausgebaut war — denn „der da, der müpft schon die ganze Zeit auf." Kurze Zeit darauf holte man ihn wieder heraus, ihm wurden Handschellen angelegt, und wieder forderten ihn brutale Fußtritte gegen die Innenfußknöchel auf, sich breitbeinig aufzustellen. Wie ein rechtloser Verbrecher wurde er behandelt. So standen wir nun zu fünft etwa eine Stunde im Scheinwerferlicht, im Rücken die Maschinenpistolen auf uns gerichtet.

Da der Polizeifunk im VW-Bus nicht abgestellt worden war, hörten wir mit und erfuhren so, was vor sich ging: Die Zivilstreife hatte vier „mutmaßliche Terroristen" nach der Überprüfung zunächst als „unverdächtig" weiterfahren lassen, danach seien ihr aber insbesondere bei einer Person Zweifel gekommen, denn diese Person habe Ähnlichkeit mit ..., über den aber noch zu wenig bekannt sei. Kurz nach dieser Funkmeldung fand der zweite Überprüfungsdurchgang statt, vor allem mit genauer langandauernder Gesichtskontrolle anhand von Phantombildern. Schließlich stellte sich heraus, daß wir keine Terroristen waren und der gewalttätige Polizeiüberfall war zu Ende. Da wir immer wieder gefordert hatten, den Grund für unser Festgehaltenwerden zu erfahren, forderte uns der Einsatzleiter zum Schluß auf: „Kommen Sie mal da herüber (zu unserem Auto), dann können wir uns noch eine Minute ‚darüber' unterhalten." Sein Abwiegelungsmanöver war leicht zu durchschauen. Wir hielten ihm die viehischen und menschenverachtenden Behandlungsmethoden vor, die uns in akute Lebensgefahr gebracht hatten. Daraufhin überreichte er uns seine Visitenkarte mit dem sarkastischen Hinweis, daß wir ja Beschwerde einlegen könnten.

Wir ließen ihn stehen und wollten unser Auto besteigen, da sahen wir, daß unsere gesamten Kleidungsstücke und anderen Gegenstände verstreut auf dem Boden lagen. Ein Mantel war mit Benzin überschüttet. Wir empörten uns darüber. Daraufhin sagte einer von ihnen: „Ihr könnt zufrieden sein, daß ihr noch in Bochum gefaßt worden seid!" und brutal lachend fügte er hinzu: „Dort hätte man bestimmt geschossen!"

In dieser Nacht erlebten wir die Rücksichtslosigkeit, Brutalität und Menschenverachtung des Polizeiapparates. Unser Erlebnis stellt keine Ausnahme dar. Täglich werden viele Menschen brutal behandelt. Tödliche Schüsse werden quasi als Selbstverschuldung der Opfer verdreht dargestellt. Diese Willkür, diese Gewalttätigkeit sind legalisiert. Der Polizeiapparat führt die Gesetze durch, die von den „Volksvertretern" verabschiedet werden und sich gegen das Volk richten.

Richter im Prozeß gegen faschistische Terrorgruppe

'Erst Polizei holen und dann selbst vorgehen'

Tübingen — Dezember 1976: Am 4. Dezember wollte der Anführer der faschistischen Terrorgruppe „Wehrsportgemeinschaft", Hoffmann, in Tübingen Söldner gegen die „schwarzen Untermenschen" (Hoffmann) in Afrika anwerben. Antifaschistische Studenten protestierten vor dem Veranstaltungsraum. Hoffmann, der bereits mit einem Auto voller Waffen angereist war, sagte daraufhin den Vortrag ab und baute sich mit seinen Berufskillern gegenüber den Studenten auf. Auf sein Kommando fielen die Hoffmann-Söldner mit Totschlägern, Stahlruten, Holzstangen und Tränengas über die Studenten her. Acht Menschen, darunter ein unbeteiligter Passant, wurden dabei teilweise schwer verletzt. Die Polizei, die anwesend war, sah ruhig zu. Sie griff erst ein, als sie sah, daß die Studenten sich gegen den faschistischen Überfall wehrten und sich das Blatt zuungunsten der Faschisten zu wenden drohte.

Jetzt ging in Tübingen der Prozeß wegen dieser Ereignisse zu Ende. Angeklagt waren 11 Faschisten und — eine unverschämte Provokation — drei antifaschistische Studenten. **Das Gericht unter dem Vorsitz von Richter Gerhard Goes erklärte, daß sich alle Studenten damals strafbar gemacht hätten (gemeinschaftliche Nötigung und Störung einer Veranstaltung) und verurteilte einen der drei antifaschistischen Studenten zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung!** Die beiden anderen Studenten wurden mangels Beweisen freigesprochen. Der Anführer der Faschisten, Hoffmann, wurde zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt, sein Tübinger Gauleiter zu 900 DM Geldstrafe, zwei seiner Leibwächter erhielten eine Verwarnung, die anderen Faschisten wurden freigesprochen.

Dieses Urteil zeigt mit bestürzender Klarheit, welche Haltung deutsche Klassengerichte heute gegenüber dem Wüten faschistischer Terrorgruppen einnehmen. Denn die richterliche Urteilsbegründung zweifelt keineswegs an, daß von der „Wehrsportgemeinschaft" Terror ausgeübt wurde — das Gericht spricht seine milden Strafen deshalb aus, weil es für diesen Terror Verständnis hat.

So erklärt das Gericht etwa zum Tübinger Gauleiter des Faschistenführers Hoffmann, der für sein brutales Vorgehen gegen die Studenten mit 900 DM Geldstrafe „bestraft" wurde: „Seinen angestauten Rachegefühlen gegenüber den Linken ließ er freien Lauf". Aber mit Verständnis müsse ihm angerechnet werden, „daß er zutiefst erzürnt war, da ihm des öfteren schon Veranstaltungen verhindert worden sind." Und zur Strafe: „Durch die Bestrafung müsse sich Heinzmann sagen lassen: erst die Polizei holen und dann erst selbst vorgehen" (!)

Oder nehmen wir den Anführer Hoffmann. In der Urteilsbegründung heißt es über Hoffmann: „Er hat eine umfangreiche Schlägerei in Gang gesetzt, wobei es mehrere Verletzte gab, und er hat durch seinen beherrschenden Einfluß auf seine WSGler diese in die Sache mit hineingezogen." Das Gericht sah Landfriedensbruch und acht gefährliche Körperverletzungen in seinem Fall als erwiesen an — und verurteilte ihn trotzdem zu einer Gefängnisstrafe mit Bewährung.

Sehr deutlich auch das Verhalten gegenüber den beiden Leibwächtern Hoffmanns, die vom Gericht verwarnt wurden. Die beiden Leibwächter, so die Urteilsbegründung, „schlugen wild auf die Demonstranten ein — wen sie verletzten, steht nicht fest." Und etwas später: „— So haben sie einen völlig Unbeteiligten zusammengeschlagen —". Auch daß sie dabei mit Schlagwaffen vorgingen, hält das Gericht für erwiesen. Obwohl das Gericht all dies zugibt, werden die beiden nicht verurteilt. Begründung: „Die Hörigkeit und Kritiklosigkeit gegenüber Hoffmann und ihre geringe Bildung — dafür können sie ja nichts — kann nicht übersehen werden."

Der Antifaschist Wolfgang Wurster dagegen wird zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährung (nach Aussage des Gerichts nur „mit Bedenken" ausgesprochen) verurteilt, weil er — so die Urteilsbegründung — „beobachtet wurde, wie er in der Menschenkette mit anderen nahe des Eingangs stand." Wobei noch zu ergänzen ist, daß diese „Beobachtung" von einem einzigen Polizeispitzel bezeugt wurde. Genosse Wolfgang muß außerdem ein Drittel der Prozeßkosten (80.000-100.000 DM) zahlen.

So offenherzig diese Urteilsbegründung bereits ist, zeigt sie doch nicht das gesamte Ausmaß der Schützenhilfe, die der kapitalistische Staat den faschistischen Verbrechern leistet, sondern nur den Teil, der durch die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, der durch die Prozeßführung absolut nicht mehr vertuscht werden konnte.

Was die Ermittlungstätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft angeht, genügt es hier zu erwähnen, daß die Rede, die Hoffmann damals halten wollte, zwar an Ort und Stelle beschlagnahmt wurde, heute aber unauffindbar ist. Ein „Ermittlungserfolg", auf den der Richter sich im Prozeß stützte, um jeden Hinweis auf den faschistischen Charakter der damaligen Veranstaltung zu unterbinden. Oder ein anderes Beispiel: Damals wurde außerdem ein mit Waffen beladenes Hoffmann-Auto beschlagnahmt. Heute fehlt jeder Hinweis auf dieses Auto in den Akten.

Typisch für die Prozeßführung ist etwa folgender Vorfall. Am 28. 9. 77 läßt Hoffmann 14 seiner „Wehrgemeinschafts"-Mitglieder als Zeugen im Prozeß auftreten. Zwei von ihnen erscheinen in Mützen mit Totenkopfabzeichen, dem Symbol der SS, einige andere erscheinen in Hemden mit dem Portrait ihres „Führers" auf der Brust. Einer dieser Zeugen gibt an, die Mitglieder der „Wehrsportgemeinschaft" fühlten sich „als Soldaten und als Damm gegen die rote Flut" und Hoffmann selbst sagt: „Wir haben keine Hemmungen gegen Kommunisten vorzugehen." All dies geschieht ungerügt vom Gericht. Ja, das Gericht läßt sogar zu, daß Gauleiter Heinzmann Zeugen der Verteidigung der Antifaschisten nach ihrer Parteizugehörigkeit usw. fragt usw. usf. Es verbietet und unterbindet aber alle Äußerungen und Fragen, die darauf abzielen, den faschistischen Charakter der Hoffmann-Truppe zu zeigen. Es läßt nur gelten, was Hoffmann von sich selber sagt: daß seine Truppe unpolitisch sei.

So zeigt der gesamte Prozeßverlauf, daß hier von vornherein nur eines beabsichtigt war: Die Antifaschisten zu verurteilen und ein für allemal klarzustellen, daß es den Werktätigen in unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" nicht erlaubt ist, gegen solche faschistischen Terrorgruppen zu protestieren und sich gegen ihre Überfälle zur Wehr zu setzen. Denn die antifaschistische Aktion der Tübinger Studenten ist, so die Urteilsbegründung, „eine schwere Verletzung unserer Verfassung. Auch die Rechten haben das Recht, sich zu versammeln."

Dieser Prozeß und sein Urteil haben unter den Tübinger Werktätigen und vor allem unter den Studenten heftige Empörung hervorgerufen. Ihre Solidarität mit dem Genossen Wolfgang ist groß. So wurden noch während der Urteilsverkündung im Prozeß 600 DM für Wolfgang gesammelt. Noch am selben Abend fand eine Veranstaltung des Antifakomitees statt. Auf dieser Veranstaltung, auf der auch ein Redner der Partei und Genosse Wolfgang sprachen, und auf einer studentischen Vollversammlung am Mittwoch letzter Woche wurden noch einmal ca. 1.100 DM gespendet.

Die 8 Antifaschisten aus Kiel müssen freigesprochen werden

Mitte November beginnt in Kiel ein Prozeß gegen acht Antifaschisten und Kommunisten, darunter Genosse Bernd Woitalla, ehemaliger Roter Betriebsrat bei HDW, der bei der Brokdorf-Demonstration im letzten November lebensgefährlich verletzt wurde und noch immer stationär behandelt werden muß.

Worum geht es? Im August letzten Jahres hatten die Faschisten der "Jungen Nationaldemokraten" im Kieler Einkaufszentrum einen Propagandastand aufgebaut. Einige von ihnen trugen SA-ähnliche Uniformen mit schwarz-weiß-roten Armbinden. Aus Anlaß des 13. August errichteten sie eine symbolische „Berliner Mauer". So wollten sie den berechtigten Haß der Werktätigen auf das sozialfaschistische Honecker-Regime für ihre faschistische „nationale" Propaganda mißbrauchen. Allerdings konnten sie damals ihre Propaganda nicht lange ungestört betreiben. Kaum, daß sie ihren Stand aufgebaut hatten, stürmte eine Gruppe von Antifaschisten mit dem Ruf „Tod dem Faschismus" auf ihn los, und auch die Holzlatten der Faschisten konnten ihn nicht retten. Die Polizei kam zu spät, um den faschistischen Propagandastand zu schützen — aber nicht, um den Faschisten Schützenhilfe zu leisten.

Denn die Polizei lud einen der Faschisten zu sich in den Streifenwagen und fuhr mit ihm auf der Jagd nach „Tatverdächtigen" alle Stände der Partei in Kiel ab. Völlig willkürlich wurden dabei die Genossen Bernd Woitalla und Dietrich Lohse, Leiter der Ortsgruppe Kiel der Roten Hilfe Deutschlands, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die anderen 6 Angeklagten wurden, wie es in der Anklageschrift heißt, anhand von Lichtbildern „identifiziert". Die Anklagen gegen die acht Antifaschisten und Kommunisten lauten auf „gefährliche Körperverletzung" und „Sachbeschädigung". Diese Anklagen und der gesamte Tenor der Anklageschrift lassen keinen Zweifel daran, daß mit hohen Strafen gegen die Angeklagten vorgegangen werden soll. Sie brauchen deshalb unsere Solidarität!

Prozeßtermin: 14., 17. und 21. November, jeweils um 9.00 Uhr im Saal 108 bzw. 124 des Kieler Amtsgerichts, Schützenwall 31/35.

Sofortige Freilassung des Genossen Klaus Kercher!

Wie bereits im letzten „Roten Morgen berichtet wurde, ist die Entlassung des Genossen Klaus Kercher nach Ablauf von 2/3 seiner Haftzeit abgelehnt worden. Klaus hat gegen diese Entscheidung des Richters Funck am Landgericht Heilbronn Beschwerde bei der Strafvollstreckungskammer beim Landgericht Heilbronn eingelegt.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

„Heute bist Du der Terrorist!"

Liebe Genossen,

auch Lübeck ist von der Terroristenhysterie nicht verschont geblieben. In diesem Zusammenhang ist zwei jungen Werktätigen etwas besonders Übles widerfahren.

Sie haben sich in völliger Unwissenheit in der Nähe des Hauses der politischen Polizei aufgehalten, wo sie kurzerhand festgenommen und während der Arbeitszeit mehrere Stunden festgehalten wurden. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung und anschließenden Hausdurchsuchungen stand es für die Herren fest: Verdacht der Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung".

Begründung: „Sie haben sich nicht vor vier, nicht vor drei Wochen, auch nicht vor drei Tagen, sondern an dem Tag hier aufgehalten, nachdem auf dem Lübecker Hauptbahnhof eine angebliche Terroristin festgenommen wurde.

Als im Zusammenhang mit der Untersuchung auf dem PKW des einen Betroffenen auch noch ein AKW-Gegnerzeichen entdeckt wurde und auch die andere Betroffene für die Polizei kein „unbeschriebenes Blatt" war, — sie hat ein Verfahren laufen, weil sie vor vier Jahren einmal in einer NPD-Veranstaltung zum Boykott aufgerufen hatte, — stand es für die „Ordnungshüter" fest: „Da ist uns ein großer Fisch ins Netz gegangen."

Jetzt laufen gegen die beiden Ermittlungsverfahren. Wie uns schon verschiedene Fälle gezeigt haben, kann so etwas übel ausgehen, ganz egal, ob sich solch ein Verdacht bestätigt oder nicht.

Die eine Betroffene z. B. hat eine Bewerbung als Lehrerin für das höhere Lehramt laufen. Man muß kein Hellseher sein, um vorauszusehen, was aus dieser Bewerbung wird, auch wenn der Verdacht gegen die beiden zerschlagen wird.

„Morgen bist Du der Terrorist!" — hieß es in einem Flugblatt der Partei als Antwort auf den Versuch, den Namen unseres Zentralorgans „Roter Morgen" im Zusammenhang mit dem Ponto-Attentat zu mißbrauchen. Wie schnell dies für jeden Werktätigen werden kann, zeigt dieser Fall ganz deutlich. Doch so einfach machen wir es diesen Lakaien der Bourgeoisie nicht bei ihrer willkürlichen Jagd nach vermeintlichen Terroristen.

Die Partei, die RHD, Kollegen und Freunde unterstützen die beiden in ihrem Kampf für die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens.

Rotfront!
Eine Genossin aus Lübeck

Vielen Patienten wird die Krankheit verordnet

Liebe Genossen,

ich möchte euch berichten, wie ein Arztbesuch meiner Mutter (48 Jahre) nach dem neuen Kostendämpfungsgesetz aussah: Meine Mutter hat schon lange an Krampfadern zu leiden, besonders dann, wenn sie auf der Arbeit viel zu tun hat und es besonders warm ist. So ist es keine Seltenheit, daß sich in gewissen Abständen eine Thrombose an den Beinen bildet. Meine Mutter ist wegen ihrer Krampfadern schon lange bei ihrem Hausarzt in Behandlung und bekommt dagegen ständig Medikamente verschrieben. Unter anderem eine Salbe, die die Thrombosegefahr erheblich verringert und ihr bisher immer einigermaßen geholfen hat.

Als sie vor einiger Zeit beim Arzt war und sich wieder diese Salbe verschreiben lassen wollte, erklärte die Schwester ihr, daß sie die Salbe nicht verschreiben könne, da meine Mutter ja noch gar keine Thrombose habe. Meine Mutter mußte daraufhin unverrichteterdinge nach Hause gehen.

Was heißt diese Anordnung, die eine Folge des Kostendämpfungsgesetzes ist, anderes als: Werde erst einmal richtig krank, dann werden wir schon sehen, was sich machen läßt! Denn wer die Verordnung vorbeugender Medikamente verbietet, wie mit dem Kostendämpfungsgesetz geschehen, der verordnet vielen Patienten die Krankheit. Kann der Kapitalismus deutlicher zeigen, wie brutal und menschenverachtend er ist?

Rotfront!
Ein Genosse aus Westberlin

Anonymer Anruf genügt

Liebe Genossen,

ich möchte euch über einen Vorfall informieren, der zeigt, welche Zustände bei uns schon herrschen. Am Samstag, dem 15. 10. 77, besuchten wir zu zweit in einer Düsseldorfer Arbeitersiedlung mit AP-Material die Werktätigen. Wir führten interessante Gespräche mit mehreren Kollegen. Als wir gerade mit einer älteren Frau diskutierten, erschienen plötzlich zwei uniformierte Polizisten. Sie sagten, sie hätten einen Anruf bekommen, daß sich in diesen Häusern zwei verdächtige (!) Personen befinden würden, wir sollten unsere Ausweise zeigen.

Die alte Frau war sehr empört. Die Polizisten nahmen uns dann einfach mit zu ihrem Wagen und gaben unsere Adressen durch. Mehrere Jugendliche, die sich angesammelt hatten und über den Vorfall diskutierten, wurden von den Polizisten angeschrieen, sie sollten verschwinden. Nachdem die Polizisten unsere Namen usw. registriert hatten, fuhren sie wieder los. Wir sprachen danach mit den Jugendlichen, die sehr auf die Polizei schimpften. Dieser Vorfall zeigt einmal mehr, wie der Staatsapparat versucht, uns einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Doch das wird ihnen nichts nützen. Wir werden die Werktätigen in den Häusern über diesen Vorfall informieren und ihnen erklären, daß sich auch an diesem kleinen Fall die wachsende Faschisierung des Staatsapparates zeigt.

Rotfront!
Ein Düsseldorfer Genosse

Parteiveranstaltungen:

Recklinghausen: Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution mit dem Film über die Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML. Am 5. 11., 17.00 Uhr, in Herten, Gaststätte Wehmeyer (Vestischer Hof), Ewaldstr. 132.

Kiel: Veranstaltung zum Prozeß gegen acht Antifaschisten. Am 11. 11., 19.30 Uhr, Gaststätte Waldmannsruh.

Die Methoden von "Bild"

Korrespondenz. Bekanntlich hat G. Wallraff im Frühsommer dieses Jahres vier Monate bei der Redaktion der „Bild"-Zeitung in Hannover als Redakteur gearbeitet. Dabei wurde von Jörg Gröfer auch ein Film gedreht über den „Bild"-Reporter Hans Esser alias G. Wallraff. J. Gröfer hatte sich dabei als holländischer Kameramann ausgegeben. Der Film wurde im Auftrag des WDR gedreht und sollte auch im Fernsehen gezeigt werden. Der Presse-Zar Springer rief als erstes die Klassenjustiz an, die G. Wallraff verschiedene „Behauptungen" auf Antrag Springers untersagte. Anschließend wurde Druck auf den WDR ausgeübt, dessen Intendanten und führende Redakteure den Film dann auch absetzten. Sicher nicht nur, weil sie unter Druck gesetzt wurden. Im Rahmen der Gleichschaltung der bürgerlichen Presse sind diese Leute ja auch keine Unschuldsengel.

Dieser Film von G. Wallraff und J. Gröfer wurde jetzt in Mannheim im Rahmen der jährlich stattfindenden Internationalen Filmwoche gezeigt. Es war nicht leicht, eine Karte für eine der vielen Vorstellungen zu bekommen. Jeden Mittag zu Beginn der Vorverkaufszeit waren lange Schlangen vor dem Kino, und die Vorführungen waren alle ausverkauft. Obwohl der Film nur bruchstückhaft die Tätigkeit Wallraffs zeigt, so ergibt sich doch daraus ein sehr gutes Bild über die reaktionäre Haltung, die ein Redakteur bei diesem Hetzblatt haben muß. Und wenn er etwas Sozialkritik, wie es so schön heißt, in einem Artikel unterbringen will, so wird ihm das vom Chefredakteur schon wieder ausgetrieben.

Aus den wenigen Beispielen, die gezeigt werden, kann man sehen, daß gelogen, geschoben, gehetzt wird, daß es nur so kracht. Wallraff wollte z. B. eine Reportage über arbeitslose, ausländische Jugendliche machen und interviewte einige davon in einem Spielsalon, wo sie flippern und Tischfußball spielen. Sie berichteten ihm über die Unterdrückung der ausländischen Kollegen, über den Terror, der von der Polizei ausgeübt wird, darüber, daß sie unter Bedingungen arbeiten müssen, die deutlich gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen, über ihre niedrige Bezahlung usw. Als er das, sogar noch sehr verschleiert formuliert, in seinen Artikel bringen will, wehrt der Chefredakteur ab: „Nur keine sozialen Probleme." Aus der Feder des Chefredakteurs erscheint dann ein Artikel unter der Überschrift: Langeweile und Hoffen auf ein bißchen Glück. Natürlich mit Bild: Flippernde Jugendliche im Spielsalon, wer sieht da nicht gleich, daß die arbeitsscheu sind.

Ein weiteres Beispiel: „Bild" hilft. Die Redaktion Hannover bringt einen Artikel über ein Haus, das von seinem Besitzer absichtlich heruntergewirtschaftet wird, um die Mieter hinauszutreiben. Man könnte meinen, „Bild" setzt sich wirklich für den kleinen Mann ein, der seine Rente nicht rechtzeitig bekommt, der beim Autokauf betrogen worden ist u. ä. Aber solche Beispiele sind nichts als Augenwischerei. In dem Fall des verwahrlosten Hauses wird erst einmal untersucht, ob es sich bei dem Besitzer nicht um eine große Wohnungsbaugesellschaft handelt. Als dies feststeht und klar ist, daß es nur ein kleiner Club ist, der zudem noch nicht mal im Telefonbuch steht, wird der Artikel gestartet. Damit ist es natürlich eine Entgleisung eines einzelnen, die man lösen kann, indem man dessen Schurkerei an die Öffentlichkeit bringt. Daß die großen Wohnungsbaukonzerne, die Banken, das Finanzkapital im Hintergrund die wahren Urheber der schlechten und teuren Wohnverhältnisse der Werktätigen sind, wird somit verschleiert.

Ein weiteres Beispiel: „Bild" schafft Lehrstellen. Da telefoniert die gesamte Redaktion den ganzen Tag das Branchenfernsprechbuch durch und fragt nach offenen Stellen. Den Angesprochenen wird gleich gesagt, wenn sie eine Stelle anzubieten hätten, so wäre das doch gleichzeitig eine gute und billige Reklame für sie. Natürlich kommen so eine ganze Reihe von Stellen in das Blatt. Aber kein Wort davon, welche Bedingungen vorhanden sind, ob diese Stellen vorher auch schon über das Arbeitsamt offen waren, wievielen arbeitslosen Jugendlichen damit wirklich geholfen wird, ob ausländische Jugendliche auch eingestellt werden usw. Und vor allen Dingen werden so die Ursachen der Arbeitslosigkeit vertuscht und den Jugendlichen unterstellt, sie seien selber schuld, weil sie nicht richtig gesucht hätten, bzw. zu hohe Ansprüche stellten, oder gar arbeitsscheu seien.

Diese Beispiele zeigen noch nicht einmal, wie die üble faschistische Hetze gegen Kommunisten und Revolutionäre fabriziert wird, aber man kann sich ausrechnen, daß dabei noch mehr gelogen und geschoben wird. Als Redakteur hatte G. Wallraff keinen festen Arbeitsvertrag und auch kein festes Gehalt. Wurde ihm am Anfang gesagt, er würde nach Zeilen bezahlt, so bekam er schließlich sein Geld je nachdem wie ein Artikel von ihm bewertet wurde. Der Chefredakteur korrigierte Artikel nach freiem Belieben, um so den reaktionären Charakter von „Bild" in jedem Fall zu sichern. Auch ansonsten sind die Redakteure der Willkür ihrer Chefs ausgeliefert.

Wallraff wurde von „Bild" im Rahmen der Kampagne gegen ihn als „Untergrundkommunist" bezeichnet. Sicher ist Wallraff kein Kommunist und auch kein Revolutionär. Aber im Rahmen der Gleichschaltung der bürgerlichen Presse ist eben inzwischen schon bald jeder, der nicht auf der reaktionären Linie liegt, ein Kommunist, ein Terroristensympathisant, ein Volksfeind. Insofern ist der Film sehenswert, weil er zeigt, mit welchen reaktionären Methoden das Hetzblatt Springers arbeitet.

Bremer Überseemuseum

Kolonialmuseum wie eh und je

Korrespondenz. Vor einigen Jahren wurde das Bremer Überseemuseum geschlossen, um es, wie man sagt, den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Nach vielen Diskussionen zwischen den Mitarbeitern, Vertretern der Deputation für Wissenschaft und Kunst sowie verschiedenen bremischen Kapitalistenverbänden um den zukünftigen Charakter des Museums ging Anfang Oktober in der unteren Rathaushalle eine Ausstellung zu Ende: Die Bremer hatten Gelegenheit, die Neukonzeption in Form eines Miniaturmuseums zu bewundern, so wie es 1979 bei der geplanten Neueröffnung aussehen soll.

Die Entstehung des Bremer Überseemuseums ist eng verknüpft mit dem deutschen Kolonialismus und Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts, als bremische Kaufleute auszogen, um Deutschland einen „Platz an der Sonne" zu erobern. So war eine „Handels- und Kolonialausstellung" im Jahre 1890 Anlaß für die Gründung des Überseemuseums, das 1896 am Bahnhofsvorplatz eröffnet wurde.

Die Gegenstände und Sammlungen, die dort zu sehen sind, stammen aus den Raubzügen hanseatischer Kaufleute, die sie den Völkern Afrikas, Amerikas und der südpazifischen Inselwelt gegen geringe Geldbeträge abkauften oder sich gewaltsam aneigneten, wobei sie vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckten, um sie dann hier als großzügige Geschenke dem Museum zu überlassen. „Möge das Museum eine Ruhmeshalle des bremischen Handels werden", sagte ein Senator bei der Einweihung zynisch dazu. Besonders aktiv tat sich der Großkaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) hervor, der 1884 die erste deutsche Kolonie, das spätere „Deutsch-Südwest-Afrika" (heute Namibia) gründete. Für einige hundert Mark und 200 Gewehre mußten die einheimischen Bewohner einen größeren Küstenstrich (Lüderitzbucht) an die Bremer Firma verkaufen.

So entwickelte sich das Museum zum Aushängeschild der hiesigen Im- und Exportkapitalisten, die auch immer bereit waren, reichlich zu spenden, so z. B. die Tabak- und Baumwollimporteure, die Großreederei Norddeutscher Lloyd (heute Hapag Lloyd), deren Kapitäne und Offiziere maßgeblich an den Räubereien beteiligt waren. So verschiedene Kolonialvereine wie die Bremer Südseegesellschaft oder der Ostasiatische Verein Bremen, der im letzten Jahr sein 75jähriges Bestehen feierte. Ehrengast war damals Außenminister Genscher, der hier vor den Bremer Kapitalisten eine Grundsatzrede zur Expansion des westdeutschen Imperialismus in Südostasien hielt. Mancher „ehrwürdige" Name findet sich in den Spendenlisten, deren Firmen heute noch existieren: die Firma Melchers und Co. an der Schlachte oder die Firma Pflüger und Co., damals vertreten durch den Konsul Hackfeld (heute Konsul-Hackfeld-Haus).

Als das Monopolkapital in Deutschland 1933 die faschistische Diktatur errichtete, wurde auch bald der Name des Museums geändert: Fortan hieß es wieder „Deutsches Kolonial- und Überseemuseum". Erst 1960 wurde dieser Name über dem Eingangsportal geändert. Von da an hieß es wieder „Übersee-Museum".

Und heute gibt man sich fortschrittlich. Die mit Blut befleckte Vergangenheit des Museums ist vergessen. Die Wissenschaft muß her, um den Charakter des Museums zu vernebeln. Die neue Konzeption geht davon aus, „daß die Lebensfragen der ‚dritten Welt' nicht mehr losgelöst von denen unserer Industriestaaten betrachtet werden können. . . angesichts der bestehenden und kommenden globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen", heißt es in einer Broschüre. Und die bremischen Kapitalisten mischen natürlich mit wie eh und je. Unter der Überschrift „Zusammenarbeit mit anderen Institutionen" heißt es: „Alte und neue Kontakte mit der Seeschiffahrt, den Häfen und dem Außenhandel Gesamtbremens als den traditionellen Brücken nach Übersee" zu knüpfen. Das ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen.



20 000 Menschen demonstrierten am 8.10. in Bonn gegen die Verbotsanträge gegen die KPD/ML, den KBW und die KPD. Der Rathausplatz in Bonn, auf dem die Abschlußkundgebung stattfand, glich einem Meer von Roten Fahnen.

Oktober im Bild



Im Anschluß an die Demonstration in Bonn fand in Düsseldorf eine Veranstaltung der KPD/ML gegen die Verbotsanträge statt. Begeistert wurde die Rede des Genossen Gernot Schubert aufgenommen.



Obwohl viele Freunde und Genossen die Halle, in der die Veranstaltung stattfand, nicht mehr rechtzeitig erreichen konnten, versammelten sich ca. 2 000 Freunde und Genossen.



Die Fahne der KPD/ML war überall im Demonstrationszug in Bonn zu sehen.



Vom 26. bis 29. September fand in Albanien der 7. Kongreß des albanischen Jugendverbandes statt. Das Bild zeigt die Begrüßung des Delegierten der Roten Garde durch Genossen Enver Hoxha.



Stand des GEWISO-Buchvertriebs auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse.



Zum ersten Mal war in diesem Jahr die Sozialistische Volksrepublik Albanien mit verschiedenen Verlagen auf der Buchmesse vertreten. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens lud aus diesem Grund zu einer Veranstaltung über die Kunst und Kultur in Albanien ein, an der ca. 600 Menschen teilnahmen.

Aus aller Welt

USA

In den Vereinigten Staaten kommt es zu immer neuen, immer heftiger ausgetragenen Kämpfen der Arbeiterklasse. Ein Beispiel dafür ist der Streik, den die Hafenarbeiter der Ostküste schon seit Wochen für höhere Löhne, die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und für bessere Arbeitsbedingungen führen. Dieser Streik, der auch die Unterstützung der Docker in den anderen Teilen des Landes findet, hat über 30 Häfen stillgelegt.

Die amerikanische Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln, diese Kämpfe der Arbeiter zu unterdrücken. Wo es ihr nicht gelingt, mit Hilfe der reaktionären Gewerkschaftsbosse und der Revisionisten die Streiks zu sabotieren, greift sie zur offenen reaktionären Gewalt. Ein Beispiel dafür war jetzt der Polizeiüberfall auf Arbeiter einer Kohlenzeche des „Blue-Diamond"-Konzerns, die schon seit 15 Monaten bestreikt wird. Die Polizisten schlugen die Streikposten derart brutal zusammen, daß zwei von ihnen schwerverletzt mit Schädelbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Mehr als hundert Bergarbeiter und ihre Frauen, die den Streikposten zu Hilfe kommen wollten, wurden ebenfalls von den Polizeitruppen angegriffen, verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

SOWJETUNION/ISRAEL

Der Leiter des Einwanderungsbüros des zionistischen Regimes von Tel Aviv, Narkis, gab neulich bekannt, daß im September dieses Jahres 763 sowjetische Juden nach Israel auswanderten. Das sind 200 Personen mehr als im gleichen Monat des vorigen Jahres. Derselbe hohe zionistische Funktionär gab vor einiger Zeit bekannt, daß in diesem Jahr 21.000 sowjetische Juden nach Israel eingewandert sind, 1.000 mehr als im letzten Jahr. Die israelischen Zionisten können also mit der Unterstützung, die ihnen von den Kreml-Herren gewährt wird, höchst zufrieden sein. Ohne diesen widerwärtigen Menschenhandel, den sie mit den russischen Sozialimperialisten treiben, könnten sie nämlich ihre antiarabischen Siedlungsprojekte nicht verwirklichen.

Denn der größte Teil der eingewanderten sowjetischen Juden wird in die jüdischen Siedlungen geschickt, die von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten am westlichen Jordanufer oder auf den Golanhöhen angelegt wurden. Diese Menschen werden darüber hinaus auch in die zionistische Aggressionsarmee eingegliedert. Washington liefert dieser Armee die Waffen, Moskau die Menschen, die diese Waffen gegen die arabischen Völker richten können.

THAILAND

Durch einen Militärputsch ist in der letzten Woche die Regierung in Bangkok gestürzt worden. Die Junta, die damit die Macht an sich gerissen hat, nennt sich zwar dreist „Revolutionsausschuß", sie hat aber sofort angekündigt, daß sie „so wenig wie möglich ändern" will. Die jetzt gestürzte Regierung war selbst vor fast genau einem Jahr durch einen Militärputsch an die Macht gekommen. Mit diesem Regime hatten die herrschenden Klassen Thailands und die hinter ihnen stehenden US-Imperialisten eine blutige faschistische Diktatur errichtet.

Das damals über das ganze Land verhängte Kriegsrecht wollen auch die neuen Herren in Bangkok nicht aufheben. Ebenso soll das Verbot zu streiken, das Verbot jeglicher politischen Betätigung für die Massen bestehen bleiben. Das neue Regime ist also nur eine Fortsetzung der faschistischen Diktatur. Das einzige, was nach den Ankündigungen der neuen Herren anders werden soll, ist eine „Verbesserung der Sicherheit des Landes".

Dem alten Militärregime war es trotz Kriegsrecht und grausamem Terror gegen das Volk nicht gelungen, die Flammen des revolutionären Kampfes zu ersticken. Sie führten einen Ausrottungsfeldzug nach dem anderen gegen die Stützpunkte der bewaffneten Patrioten durch und wurden immer wieder zurückgeschlagen. Nach einem Bericht, der in den letzten Tagen veröffentlicht wurde, haben die Patrioten seit der Verhängung des Kriegsrechts im letzten Oktober 517 feindliche Soldaten getötet, 1.260 weitere verwundet, und große Mengen an Munition und Militärmaterial erbeutet.

Diese großen Siege der revolutionären Bewegung sind der wahre Grund für den Pferdewechsel im Lager der Reaktion. Aber dadurch, daß jetzt ein paar faschistische Generale in der Versenkung verschwinden und andere ihren Platz einnehmen, ist für die Reaktionäre ihr „Sicherheits-Problem" nicht gelöst. Den revolutionären Partisanenkampf werden auch die neuen Herren nicht ersticken können, denn er hat die vollständige Unterstützung des thailändischen Volkes.

SOMALIA

In der „Bild"-Zeitung, bzw. der „Welt" erschienen in der letzten Woche nacheinander drei Meldungen über Somalia. Die erste war überschrieben: „Jetzt Touristen". Darin wurde mitgeteilt, daß sich Somalia über deutsche Touristen im „Land des Weihrauchs und der Myrrhe" freuen würde. Einige Tage später konnte man von der Existenz eines Sonderkontos lesen. Stichwort: „Dank an Somalia", Kontonummer war angegeben. Die dritte Meldung schließlich am Sonntag: Bonn gibt eine Zusage über 35 Millionen Mark für Somalia; genau die Summe, die von den Luftpiraten verlangt worden war. Wie man sieht: Bonn läßt seine neuen Freunde nicht verkommen.

SPANIEN

Einen neuen Höhepunkt erlebten Mitte Oktober die Massenkämpfe der Völker Spaniens gegen das reaktionäre Regime in Madrid. 50.000 Menschen gingen in der Stadt Valencia auf die Straße, um für die Selbstbestimmung des Volkes der Region Valencia zu kämpfen. Jahrzehntelang hatte das faschistische Franco-Regime die nationalen Bestrebungen der Basken, Katalanen, der Völker von Galizien und Valencia grausam unterdrückt. Es war ihnen verboten, in den Schulen ihre Sprache zu sprechen, ihre Volkskultur zu pflegen usw. Die Nachfolger Francos in Madrid und ihre sozialdemokratischen und revisionistischen Lakaien geben sich heute als Befürworter der Selbstbestimmung aus. Mit ihren radikalen Phrasen und falschen Versprechungen wollen sie erreichen, daß die Völker Spaniens ihren Kampf einstellen, daß sie vertrauensvoll nach Madrid schauen und darauf warten, daß ihnen die Selbstbestimmung geschenkt wird.

Aber die große Demonstration in Valencia, die Massendemonstrationen, die in den letzten Wochen in Katalonien und im Baskenland durchgeführt wurden, zeigen, daß die Völker nichts auf die Versprechungen und Beschwörungen aus Madrid geben. Sie wissen, daß sie ihre gerechten Bestrebungen nur im konsequenten Kampf gegen das Regime und seine Handlanger durchsetzen können.

Italienische Revisionisten gegen das Volk

KPI unterstützt das Atomprogramm der Regierung

Anfang dieses Monats legte der italienische Industrie-Minister Donat-Catin das Atomprogramm seiner Regierung vor. Danach sollen in der nächsten Zeit 12 neue Kernkraftwerke errichtet werden, vier davon sollen sofort in Bau gehen. Die italienischen Werktätigen betrachten diese Pläne der römischen Regierung mit großer Besorgnis. Sie sind nicht bereit, für die Profite der Energiemonopole mit einer Gefährdung ihrer Gesundheit oder gar mit ihrem Leben zu bezahlen.

Deshalb wächst auch in Italien der Widerstand gegen das reaktionäre Atomprogramm. So gab es zum Beispiel im August eine große Demonstration gegen den Bau eines Kernkraftwerks in Montaldo di Castro. Damals schrieb „Nuova Unita", das Zentralorgan der KPI/ML: „Wir marxistisch-leninistischen Kommunisten sind gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks. Dieses Kraftwerk wird keine für das Volk nützliche Energie erzeugen, sondern Gefahren für das Volk schaffen: die Gefahr des Todes durch Radioaktivität und radioaktive Vergiftung. In der von der Logik des Profits beherrschten kapitalistischen Gesellschaft, im kapitalistischen System, bringt die Erzeugung und Verwendung von Atomenergie nur große Gefahren für die Volksmassen mit sich."

In der Ablehnung des reaktionären Atomprogramms, in der Unterstützung der Kämpfe der Bevölkerung ist sich die KPI/ML mit allen wahrhaft revolutionären und fortschrittlichen Kräften des Landes einig. Und wie steht es mit den Revisionisten der KPI, die ihren Verein ja so lautstark als eine Partei der Interessen des Volkes anpreisen? Wie an allen anderen Fronten des Klassenkampfes, sei es der Lohnkampf oder der Kampf gegen die politische Unterdrückung, so stehen auch hier Berlinguer und seine Kumpane auf der anderen Seite der Barrikade, an der Seite der Monopole und ihres Staates.

Das Atomprogramm konnte von den italienischen Christdemokraten nur deshalb im Parlament durchgepeitscht werden, weil sie die uneingeschränkte Unterstützung der Revisionisten bekamen. Unter dem Eindruck der Aktionen und des Widerstands der Werktätigen gegen den Bau von KKWs hatten die Liberalen und die Sozialisten noch diesen und jenen Einwand gegen das Programm vorgebracht. Aber auch das wurde von den KPI-Revisionisten niedergebügelt. So setzten sie durch, daß in dem Atomprogramm der Bevölkerung und den lokalen Behörden ausdrücklich jedes Vetorecht bei der Standortwahl der Kernkraftwerke verweigert wird, daß also die Regierung nach Belieben die KKWs dort hinsetzen kann, wo es für die Monopole am günstigsten ist. Was könnte besser den durch und durch reaktionären, volksfeindlichen Charakter der revisionistischen Verräterbande verdeutlichen?

Die KPI beschränkt sich bei ihrer Unterstützung für das Atomprogramm nicht auf parlamentarische Manöver. Sie tritt massiv gegen die Propaganda der Kernkraftgegner auf und beschimpft ihre Aufklärung über die Gefahren der Kernkraftwerke als „Verteufelung". Bei der erwähnten Demonstration in Montaldo traten die Revisionisten in der ihnen eigenen Weise auf: Sie überfielen Demonstranten und schlugen sie mit Eisenstangen und Stahlruten zusammen.

So beweist die KPI tagtäglich ihre „politische Reife", wie es die Vertreter der italienischen Bourgeoisie nennen, beweist sie, daß sie bereit und fähig ist, in die Regierung in Rom einzusteigen und den bürgerlichen Staatsapparat gegen die Kämpfe der Werktätigen einzusetzen. Die Arbeiter aber, die Bauern, kleinen Angestellten und die Jugend, als deren Vertreter sich diese reaktionäre Partei aufspielt, sie verstehen immer besser, daß es zwischen Berlinguer und Andreotti, zwischen der KPI und den bürgerlichen Parteien, die jetzt die Regierung bilden, tatsächlich keinen wirklichen Unterschied gibt. Daß die KPI genauso eine Partei der Bourgeoisie ist, nur eben unter dem Mantel der „Arbeiterpartei".

Faschistische Polizeiaktion in Südafrika

Fortsetzung von Seite 1

Gefängnisse der Rassisten sind Stätten der Folter, des grausamen Terrors gegen die Eingekerkerten. 42 Gefangene sind in der letzten Zeit ermordet worden. Auf ihren Totenscheinen stand, ganz so, wie es früher in Hitler-Deutschland war, „Herzversagen", „Selbstmord" oder „auf der Flucht erschossen". Vorster, der früher selbst im Dienst der Nazis gestanden hat, hat seine Lektion wahrhaftig gut gelernt.

Der letzte Mord dieser Art, der die Werktätigen in Südafrika mit tiefem Haß gegen das Terrorregime erfüllte, war der an dem Studentenführer Biko. „Bikos Tod läßt mich kalt", hatte Justizminister Krüger mit zynischer Kaltschnäuzigkeit erklärt. Und seine Behörden versuchten, den Ermordeten selbst für seinen Tod verantwortlich zu machen: er hätte sich durch einen Hungerstreik umgebracht. Aber die Wahrheit konnte nicht vertuscht werden. Steve Biko war von den Schergen des Vorster-Regimes erschlagen worden.

Dieser heimtückische Mord der Rassisten löste eine Welle der Empörung, eine Welle von Massenaktionen der schwarzen Werktätigen gegen das verhaßte Unterdrückerregime aus. Die Vorster-Rassisten versuchten diesen Ansturm zum Stehen zu bringen, indem sie ihren faschistischen Terror noch mehr verschärften. Gegen die Demonstrationen in den Gettos der Schwarzen gingen ihre Polizeitruppen mit Waffengewalt vor. So starben Anfang letzter Woche mindestens vier Demonstranten in Port Elisabeth unter den Kugeln dieser uniformierten Banditen.

Auch die Auflösung der letzten noch legalen Verbände der Schwarzen, die Massenverhaftungen der letzten Tage sind ein Teil dieses Versuchs der Rassisten, jeden Widerstand gegen ihr Terrorregime zum Schweigen zu bringen. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Folter, Mord und Verfolgung haben noch nie den Kampfwillen des Volkes von Azania brechen können. Sie vertiefen nur seinen Haß gegen die Unterdrücker und sie isolieren das Vorster-Regime auch immer mehr von den weißen Werktätigen und Jugendlichen. So kam es jetzt anläßlich der faschistischen Polizeiaktion gegen die Organisationen der Schwarzen zu Demonstrationen weißer Studenten in Johannesburg. Die neuerliche Terroraktion des Regimes hat vor aller Welt wieder einmal seine faschistische Fratze gezeigt, hat deutlich gemacht, daß die Rassisten mit allen Mitteln der reaktionären Gewalt ihre blutige Unterdrückerherrschaft aufrechterhalten wollen, daß sie nicht im Traum daran denken, freiwillig von der Bühne abzutreten.

Die Imperialisten in Washington, Bonn oder London, die ihre Diplomaten im südlichen Afrika von Hauptstadt zu Hauptstadt reisen lassen, haben immer versucht, den Völkern dieser Region die Möglichkeit eines Kompromisses mit den Rassisten, die Möglichkeit einer friedlichen Übergabe der Macht an die schwarze Bevölkerungsmehrheit einzureden. Jetzt, angesichts der neuen Terroraktionen in Südafrika, äußern sie, wie z. B. aus Bonn verlautete, ihre „tiefe Bestürzung". Diese Heuchler! Sie wollen sich den Anschein von Freunden der afrikanischen Völker geben, die ständig Druck auf die Rassisten ausüben, um sie zum Nachgeben zu zwingen.

Aber wie sieht es denn wirklich aus? Nehmen wir einmal den Kolonialkrieg, den die Vorster-Rassisten gegen das Volk von Namibia führen, um ihre Besatzerherrschaft über dieses Land aufrechtzuerhalten. In diesem Krieg setzen die Rassisten chemische Kampfstoffe ein, mit denen sie ganze Landstriche vergiften, Wälder entlauben, Wasserstellen verseuchen. Mit diesem Gift bringen sie den qualvollen Tod über die Nomaden und ihre Viehbestände. Kürzlich fielen einige Fässer dieses Giftes den bewaffneten Patrioten Namibias in die Hände. Sie trugen die Aufschrift „Hoechst South Africa Ltd.".

Das ist die „Menschlichkeit", von der die Bonner Herren gar nicht genug reden können. Sie äußern ihre Bestürzung, ihre Abscheu, ihre Entrüstung usw. usf. über die Rassenpolitik des Vorster-Regimes. Aber der Hoechst-Konzern liefert den Rassisten das Gift, mit dem sie ihre Ausrottungsfeldzüge in Namibia führen. Blohm und Voss liefert ihnen die Fregatten, MBB die Kampfhubschrauber. Die Bundeswehr gibt Offizieren der Rassisten-Armee den letzten Schliff und Bonner Experten werden bereitgestellt, um die Herstellung von Atombomben in Südafrika zu ermöglichen.



Weil sie gegen das Verbot der Organisationen der Schwarzen protestieren, werden die Demonstranten festgenommen.

Die westdeutschen Imperialisten sind genau wie die amerikanischen oder britischen, Hintermänner des faschistischen Vorster-Regimes. Sie haben Milliarden an Kapital in Südafrika investiert, haben Filialen ihrer Monopolgesellschaften dort errichtet, in denen sie die billige schwarze Arbeitskraft ausbeuten. Ihnen geht es nur um eins: um die Höchstprofite, die sie dabei herausschlagen können. Deshalb stützen sie, die sich als Demokraten und Vertreter einer gerechten Wirtschaftsordnung herausputzen, die faschistische Clique in Südafrika.

Die Herren von Hoechst, Siemens, BASF und ihr Bonner Staat sind mitschuldig an den Verbrechen dieser Clique. An ihren Händen klebt das Blut der unzähligen hingemordeten Azanier. Der Kampf, den dieses Volk um seine Befreiung auch darum führt, die ausländischen Imperialisten zu verjagen, ist gerecht und stößt auf breite Sympathie bei den westdeutschen Werktätigen.



Spanien

Bandeira Vermelha
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans (Linke)

Die 'Theorie der drei Welten' - eine falsche, antimarxistische Theorie

Kürzlich verabschiedete das 31. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans (Linke) eine Resolution gegen die „Theorie der drei Welten", die im Zentralorgan der KPJ (Linke), „Volksstern", veröffentlicht wurde. Wir drucken im folgenden Auszüge aus dieser Resolution ab.

„Gegenwärtig", betont die Resolution, „steht vor den Marxisten-Leninisten die wichtige Aufgabe zu bestimmen, welcher Standpunkt gegenüber der Theorie der ‚drei Welten' eingenommen werden muß."

In der Resolution heißt es dann: „Heute, wo der Niedergang und das Parasitentum des weltweiten Kapitalismus immer offenkundiger wird, wo der Kampf des Proletariats und der unterdrückten Völker und Nationen der Welt, einschließlich Japans, siegreich voranschreitet, wird der konterrevolutionäre, revisionistische Charakter der Theorie der ‚drei Welten' vor den breiten Massen immer deutlicher." Die Resolution betont: „Gestützt auf die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus, müssen wir diese höchst schädliche antimarxistische und revisionistische Theorie in unserer Zeit vollständig zerschlagen."

Was sind die Grundzüge dieser Theorie? Die Resolution des ZK der KPJ (Linke) gibt darauf folgende Antwort.

„Einer der wichtigsten Grundzüge der Theorie der ‚drei Welten' als einer konterrevolutionären, revisionistischen Theorie ist es, daß sie versucht, die historische Mission des Proletariats in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution hinwegzufegen." Gegenüber der ‚Theorie der drei Welten', die darauf beharrt, daß die Einteilung der Welt in drei Welten (wonach die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zur ersten Welt gehören, die entwickelten kapitalistischen Länder zur zweiten Welt und die Entwicklungsländer zur dritten Welt, wozu auch China gerechnet wird) die korrekte Strategie und Taktik des internationalen Proletariats bestimmt ... und die Klassenlinie des Proletariats darstellt, ausgehend von der konkreten Klassenanalyse der vier grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, stellt die Resolution fest:

„Es ist wichtig, sich immer vor Augen zu halten, daß unsere Epoche die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist, daß es das Proletariat ist und niemand sonst, das im Mittelpunkt dieser Epoche steht, ihren hauptsächlichen Inhalt bestimmt, die hauptsächliche Richtung der Entwicklung, die hauptsächlichen Kennzeichen der Situation dieser Epoche, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der grundlegendste der vier Widersprüche ist. Das sozialistische System verkörpert das Ergebnis und den Sieg dieses Kampfes des internationalen Proletariats und der Werktätigen. Der Widerspruch zwischen dem sozialistischen System — dem gemeinsamen Besitz des internationalen Proletariats und der Werktätigen — und dem kapitalistischen und imperialistischen System stammt aus dem Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Dieser letztere ist der grundlegendste Widerspruch, der den gesamten Entwicklungsprozeß der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bestimmt, der alle anderen Widersprüche beeinflußt und der das Hauptkettenglied für ihre Lösung bildet. Die Hauptkraft der Weltrevolution ist das internationale Proletariat und niemand anderes, während die unterdrückten Völker und Nationen ihre Verbündeten und Reserven sind."

„Die Theoretiker der ‚drei Welten' predigen, daß die ‚dritte Welt' die Hauptkraft ist im Kampf gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte', und präsentieren die ‚zweite Welt' als den Verbündeten der ‚dritten Welt', indem sie behaupten, die ‚dritte Welt' könne die ‚zweite Welt' auf ihre Seite hinüberziehen, weil diese trotz ihres ‚zwiespältigen Charakters' ‚etwas Gemeinsames mit dem Proletariat' habe. Diese Theoretiker verheimlichen auch die wahren Klassenwidersprüche und -kämpfe, die sich nicht nur in der ‚zweiten Welt', sondern auch in der ‚dritten Welt' vertiefen und beschönigen so die herrschenden Klassen in den Ländern der ‚dritten Welt'." Dagegen betont die Resolution: „Wir unterschätzen in keiner Weise die Bedeutung des nationalen Befreiungskampfes in der Epoche des Imperialismus, sondern widmen dem Kampf in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern besondere Aufmerksamkeit. Aber wir betonen: Es ist eine Tatsache, daß der wirkliche Sieg im nationalen Befreiungskampf in verschiedenen Ländern nicht unter der Führung der nationalen Bourgeoisie und anderer Kräfte dieses Landes errungen werden kann, sondern nur unter der Führung des Proletariats, das auch die ununterbrochene Entwicklung der nationalen Revolution in die proletarische, sozialistische Revolution garantiert."

„Die Theoretiker der ‚drei Welten' verheimlichen die Existenz eines sozialistischen und kapitalistischen Lagers in der Welt ebenso wie die Entwicklung eines wütenden historischen Kampfes zwischen ihnen. Das ist völlig konterrevolutionär und revisionistisch.

Diese Theoretiker sagen: ‚Als Ergebnis der Entartung der Sowjetunion zum revisionistischen Sozialimperialismus existiert das sozialistische Lager, das einige Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bestand, heute nicht mehr.' — ‚Wegen der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ist der Westen mittlerweile desintegriert und das sogenannte ‚einzige imperialistische Weltsystem' hat nun aufgehört zu existieren.' Deshalb, sagen sie und schreien sich dabei die Kehle heiser, sei es revisionistisch nach der Art Chruschtschows, die gegenwärtige Welt in zwei Systeme oder in zwei Lager — ‚kapitalistisch und sozialistisch' geteilt zu betrachten und diese ‚Teilung in zwei Welten' zu betonen und der ‚Teilung in drei Welten' gegenüberzustellen. All das ist nichts anderes als Schwindel und Sophisterei."

Demgegenüber betont die Resolution: „Die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, des Kampfes auf Leben und Tod zwischen den beiden großen Lagern, dem Kapitalismus und dem Sozialismus. Es ist richtig, daß die Rückkehr der Sowjetunion und einer Reihe anderer ehemals sozialistischer Staaten zum Kapitalismus, daß die weite Verbreitung des modernen Revisionismus und der daraus folgende Zerfall des sozialistischen Weltsystems, d. h. des ‚sozialistischen Lagers, das eine Weile nach dem zweiten Weltkrieg bestand', ein schwerer Schlag für die Revolution und den Sozialismus waren. Wenn man diese Tatsache jedoch als Argument benutzt, um die Existenz des sozialistischen Systems und der revolutionären proletarischen Bewegung für den Sozialismus zu leugnen, wenn man predigt, daß das ‚sozialistische China zur dritten Welt' gehört, um so mit allen Mitteln die ‚Einteilung in drei Welten' zu rechtfertigen, wie das die Theoretiker der ‚drei Welten' tun, so ist dies eine völlig reaktionäre Verfälschung, die zur Liquidierung der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Revolution führt, ein krimineller Akt, der auf das Abwürgen des Klassenkampfes abzielt." Genauso wie das sozialistische System besteht, besteht auch das imperialistische System. Die Resolution betont: „Das ‚einzige imperialistische Weltsystem' wird nicht aufhören zu existieren, bis die proletarische sozialistische Revolution ihren weltweiten Triumph erlebt." Daran, so heißt es in der Resolution weiter, ändern auch die Widersprüche nichts, die innerhalb dieses imperialistischen Weltsystems existieren. Was diese Widersprüche angeht, betont die Resolution die Notwendigkeit, sie zu beachten und auszunutzen. „Entschieden weisen wir jedoch jede Absicht zurück", heißt es dann, „diesen oder jenen Imperialismus zu unterstützen, und sich dabei auf die Ausnutzung der Widersprüche zwischen imperialistischen Mächten und den monopolkapitalistischen Gruppen zu berufen. Wir müssen aus diesen Widersprüchen alle Vorteile ziehen, aber für das Ziel der weltweiten und der japanischen Revolution."

Deshalb wird in der Resolution auch die Verfälschung der Widersprüche zwischen der sogenannten „ersten Welt" und der sogenannten „zweiten Welt", die innerimperialistische Widersprüche sind, in Widersprüche, bei denen die imperialistischen Mächte und die Monopolbourgeoisie der sogenannten „zweiten Welt" als Freunde angesehen werden, die den Kampf gegen die Supermächte unterstützen, bekämpft. „Auf diese Weise", so heißt es in der Resolution, „wollen sie im Bewußtsein des Proletariats und der Völker der Länder der ‚zweiten Welt' den Gedanken der Vaterlandsverteidigung und nationalchauvinistische und sozial-nationalistische Ideologien verankern. Dies war der Weg, den die opportunistischen Verräter der zweiten Internationale gingen. Dies ist der Weg, der zum Verrat am proletarischen Internationalismus führt. Ein lebendiger Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Theoretiker der ‚drei Welten' den Kampf gegen den ‚japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag' einstellten... Ein weiterer Beweis ist die Tatsache, daß sie Loblieder singen auf solche imperialistischen Organe wie die NATO, den gemeinsamen europäischen Markt usw."

„Die Theoretiker der ‚drei Welten' predigen, der US-Imperialismus habe angeblich seine aggressive Natur verloren, der Hauptfeind des Proletariats und der Völker der Welt sei der sowjetische Sozialimperialismus. Sie behaupten, der sowjetische Sozialimperialismus sei angeblich ein ‚aufsteigender Imperialismus', während der US-Imperialismus ein ‚absteigender Imperialismus' sei, ‚der eine ist in der Offensive, während der andere in der Defensive ist', der ‚sowjetische Sozialimperialismus sei wild, während, verglichen mit ihm, der US-Imperialismus vernünftig ist.' In dieser Weise loben sie den US-Imperialismus in den Himmel und beschönigen vollkommen seine neue barbarische und trügerische Strategie, die von Carter ausgeführt wird.

Lenin bezeichnet den Imperialismus als absteigenden Kapitalismus, als Kapitalismus im Todeskampf. Wir können sagen, daß in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution beide Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, ebenso wie jeder andere Imperialismus im Abstieg und Verfall begriffen sind. Die Predigten der Theoretiker der ‚drei Welten' jedoch über den angeblichen ‚Abstieg', den ‚Niedergang' und die ‚Vernunft' des US-Imperialismus sollen dazu dienen, den Schluß zu ziehen, der US-Imperialismus habe seinen früheren aggressiven Charakter verloren und spiele eine positive Rolle im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Der US-Imperialismus ist jedoch ebenso wie der sowjetische Sozialimperialismus der hauptsächliche und größte Feind des Sozialismus, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Nationen, der wildeste Ausbeuter und Unterdrücker."

Abschließend heißt es in der Resolution des Zentralkomitees der KPJ (Linke): „Wir halten es für wichtig, den Kampf noch weiter zu intensivieren, den kriminellen Charakter der konterrevolutionären revisionistischen Theorie der ‚drei Welten' zu entlarven und sie zu zerschlagen."

KP Griechenlands/ML

Großveranstaltung in Athen zu den Wahlen

Am 20. November werden in Griechenland Wahlen stattfinden. An diesen Wahlen beteiligt sich auch unsere Bruderpartei, die KP Griechenlands/ML. Mit einer Großveranstaltung im Athener Sportstadion Sportik hat sie jetzt den Wahlkampf eröffnet.

Mehrere tausend Menschen waren gekommen, vor allem um den Generalsekretär der Partei, Genossen Polidoros Daniilidis, zu hören. Das Auftreten des Genossen Daniilidis hatte eine besondere Bedeutung. Als alter Kommunist hat der Generalsekretär der KPG/ML in den Reihen der revolutionären griechischen Armee im zweiten Weltkrieg gegen den Faschismus und nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gegen die britischen und amerikanischen Imperialisten gekämpft. Nach der blutigen



Großveranstaltung der KP Griechenlands/ML im Athener Sportstadion.

Niederschlagung des Freiheitskampfes des griechischen Volkes war Genosse Daniilidis, wie viele andere auch, gezwungen, in die Emigration zu gehen. Lange Zeit war es ihm unmöglich, in seine Heimat zurückzukehren. Auch nach dem Sturz der faschistischen Junta verweigerte ihm die sogenannte demokratische Regierung Karamanlis einen Paß und die Rückkehr nach Griechenland. Genosse Daniilidis ist trotzdem in sein Vaterland zurückgekehrt, um an der Spitze der KPG/ML für den Sieg der Revolution, für die Befreiung des griechischen Volkes von den in- und ausländischen Ausbeutern zu kämpfen.

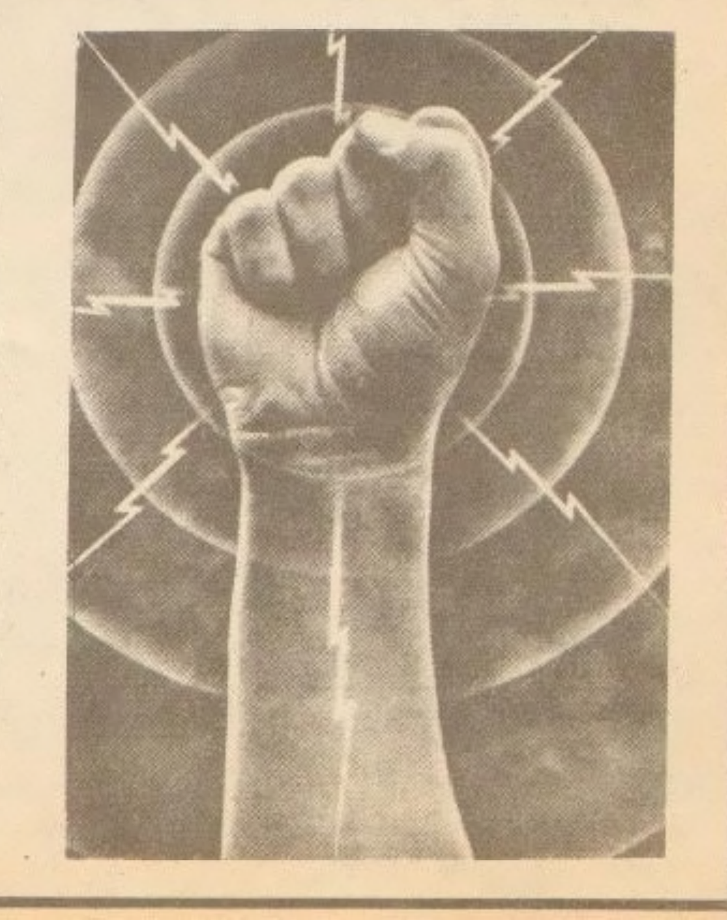
In seiner Rede ging Genosse Daniilidis u. a. auf die großen revolutionären Traditionen des griechischen Volkes ein. Diese Traditionen beweisen, daß das griechische Volk die Freiheit liebt, nach einem Griechenland ohne ausländische Imperialisten und faschistische Reaktionäre. Er rief die Werktätigen auf, sich angesichts der zu erwartenden Angriffe auf ihre Lebenslage enger im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammenzuschließen: gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze und Sozialimperialismus, gegen die NATO und die EWG, gegen die einheimischen Kapitalisten und Reaktionäre. Genosse Daniilidis ging dann auf die modernen Revisionisten ein. Er erklärte, daß es in Griechenland zwar mehrere revisionistische Parteien gibt, daß sie aber alle eines gemeinsam haben. Alle sind sie Feinde der Revolution und des Volkes und wollen die Massen an die einen oder anderen Imperialisten ketten.

Die Rede wurde immer wieder von begeistertem Beifall und Parolen unterbrochen. Im Stadion herrschte eine schwungvolle revolutionäre Stimmung. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde im Stadion ein Fest gefeiert.

Die Veranstaltung in Athen war der Auftakt einer ganzen Reihe von Veranstaltungen der KPG/ML im ganzen Land. Die Partei nutzt die Wahlen dazu aus, um ihr Programm und ihre Linie weit unter den werktätigen Massen zu verbreiten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Kanonenfutter im Atomzeitalter

Am 31. August 1957 bekamen 1.140 amerikanische Soldaten in der Wüste Nevada im Rahmen der Militärübung „Big Smokey" den Befehl niederzuknien, die Augen zu schließen und die Hände vors Gesicht zu halten. Warum, wurde ihnen nicht gesagt. Kurz darauf zündete nur wenige Kilometer von ihnen entfernt eine Atombombe. Dann kam der Befehl loszumarschieren — genau dahin, wo die Bombe explodiert war.

Der „Stern", der jetzt diese Militärübung enthüllte, berichtet weiter, daß das Ziel dieser grausamen Übung war festzustellen, wie sich Soldaten im Atomkrieg verhalten. Auf deutsch, ob sie bereit sind, auf Befehl der Imperialisten fremde Städte und Dörfer zu besetzen, auch wenn sie sich dabei selbst den gefährlichen atomaren Strahlungen aussetzen und — ob sie dabei „kampffähig" bleiben, also nicht etwa kurzfristige Strahlenschäden erleiden.



31. 8. 57. Hinter den Soldaten in der Wüste von Nevada wird eine Atombombe, dreimal so stark wie die Atombombe von Hiroshima, gezündet. Dann müssen die Soldaten zur Stelle der Explosion marschieren.

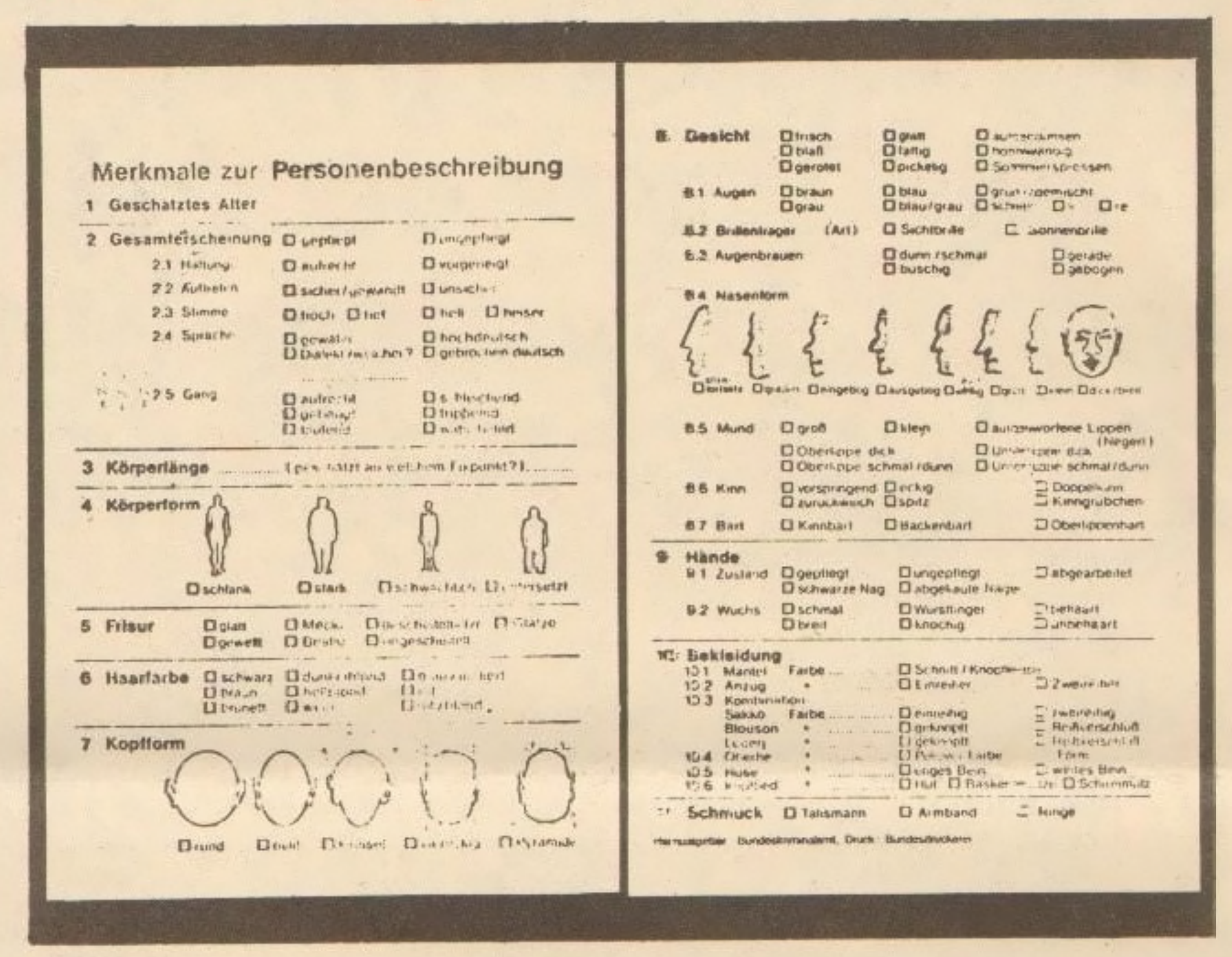
Denn dies — eine mögliche kurzfristige Strahlenschädigung der Soldaten — war das einzige, was die amerikanischen Militärs interessierte. Einer der an der Militärübung „Big Smokey" beteiligten Soldaten berichtet, daß ihnen damals gesagt wurde, sie würden nachträglich betreut und regelmäßig überwacht. Aber nichts davon. Es gab nur eine einzige Kontrolle, diejenige, die direkt nach der Militärübung vorgenommen wurde. Was interessiert die Militärs im Ernstfall — und darauf sind ja ihre Übungen abgestimmt — was nach einem imperialistischen Krieg aus den Soldaten wird? Soldaten sind für sie Kanonenfutter und sonst nichts.

Das zeigte sich auch im Februar 1976, als einer der Soldaten die ersten Anzeichen von Leukämie an sich entdeckte, seltsame Flecken an seinem Fuß bemerkte, den Schnee braun sah usw. Einer der Ärzte, die ihn untersuchten, erklärte, die Übung „Big Smokey" sei daran schuld. Aber die Behörden, die dem Soldaten zwar ein Schmerzensgeld und monatliche Zuschüsse zahlten (warum wohl?) stritten ab, daß irgendein Zusammenhang zwischen dem Atomversuch und der Krankheit des Soldaten bestehe. Sie hatten nur ein einziges Interesse, das Ganze zu vertuschen. Erst als es ein Jahr später, im Frühjahr 1977, den nächsten Fall von Leukämie bei einem der 1.140 Soldaten gab, rief man über Zeitungsannoncen die damals beteiligten Soldaten auf, sich zu einer Untersuchung zu melden. Bei diesen Untersuchungen wurden bereits bisher zwei weitere Fälle von Leukämie festgestellt.

Trotzdem bekennen die Militärs auch heute noch nicht Farbe. Sie spielen die Unschuldigen. Zynisch erklärte einer von ihnen gegenüber dem „Stern": „Sehen Sie, das ist wie die Sache mit dem Haarspray — haben wir früher gewußt, daß der Treibstoff in Sprays die Ozonschicht der Erde zerstört? So war es auch bei uns. Wir wußten einfach nicht, daß wir das Leben der Leute gefährden können." Wußten sie es zehn Jahre vorher, als sie Hiroshima mit der Atombombe zerstörten, auch nicht?

Dein Steckbrief in jedem Hotel

Nebenstehendes Faksimile zeigt keineswegs einen Ermittlungsbogen der Polizei. Mit diesem Bogen, überschrieben „Merkmale zur Personenbeschreibung", der dazu dient, einen möglichst genauen Steckbrief anzufertigen, sollen nach dem Willen des Bundeskriminalamtes die Hotels der Bundesrepublik ausgerüstet werden. Die Hotelangestellten als Hilfspolizisten sollen von den Gästen solche Steckbriefe anfertigen. So der Plan des BKA. Ob er Wirklichkeit wird, hängt allerdings nicht allein vom BKA ab — sondern entscheidend von den Hotelangestellten, die sich heute bereits dagegen wehren, von jedem Gast den Personalausweis verlangen zu müssen. Denn die Werktätigen sind nicht bereit, auch noch aktiv daran mitzuwirken, aus der Bundesrepublik einen Spitzelstaat zu machen, wie er heute bereits in der DDR existiert.



Merkmale zur Personenbeschreibung

1 Geschätztes Alter

2 Gesamterscheinung ☐ gepflegt ☐ ungepflegt
2.1 Haltung ☐ aufrecht ☐ vorgeneigt
2.2 Auftreten ☐ sicher/gewandt ☐ unsicher
2.3 Stimme ☐ hoch ☐ tief ☐ hell ☐ heiser
2.4 Sprache ☐ gewählt ☐ hochdeutsch ☐ gebrochen deutsch
2.5 Gang ☐ aufrecht ☐ gebeugt ☐ trippelnd

3 Körperlänge

4 Körperform ☐ schlank ☐ stark

5 Frisur ☐ glatt ☐ gewellt

6 Haarfarbe ☐ schwarz ☐ braun ☐ brünett

7 Kopfform ☐ rund

8 Gesicht ☐ frisch ☐ blaß ☐ gerötet ☐ grau ☐ faltig ☐ pickelig ☐ Sommersprossen
8.1 Augen ☐ braun ☐ grau ☐ blau ☐ blau/grau
8.2 Brillenträger (Art) ☐ Sonnenbrille
8.3 Augenbrauen ☐ dünn/schmal ☐ buschig ☐ gerade ☐ gebogen
8.4 Nasenform ☐ eingebog ☐ ausgebog
8.5 Mund ☐ groß ☐ klein ☐ aufgeworfene Lippen (Neger) ☐ Oberlippe dick ☐ Oberlippe schmal/dünn ☐ Unterlippe schmal/dünn
8.6 Kinn ☐ vorspringend ☐ eckig ☐ spitz ☐ Doppelkinn ☐ Kinngrübchen
8.7 Bart ☐ Kinnbart ☐ Backenbart ☐ Oberlippenbart

9 Hände
9.1 Zustand ☐ gepflegt ☐ schwarze Nag ☐ ungepflegt ☐ abgekaute Nägel ☐ abgearbeitet
9.2 Wuchs ☐ schmal ☐ breit ☐ Wurstfinger ☐ knochig ☐ behaart ☐ unbehaart

10 Bekleidung
10.1 Mantel Farbe ☐ Schnitt / Knopfleiste
10.2 Anzug ☐ Einreiher ☐ Zweireiher
10.3 Kombination Sakko Farbe ☐ einreihig ☐ zweireihig
Blouson ☐ geknöpft ☐ Reißverschluß
10.4 Krawatte
10.5 Hose ☐ enges Bein ☐ weites Bein
10.6 ☐ Hut ☐ Baskenmütze ☐ Schirmmütze

11 Schmuck ☐ Talismann ☐ Armband

Herausgeber: Bundeskriminalamt, Druck: Bundesdruckerei

Noch mehr amerikanische Waffen nach Westdeutschland?

Wie der amerikanische Heeres-Stabschef Rogers kürzlich auf dem Jahrestreffen der Vereinigung der amerikanischen Armee mitteilte, sollen in Zukunft noch mehr amerikanische Waffen nach Westdeutschland verlagert werden. Diese Waffen- und Ausrüstungsdepots sollen ausreichen, um zwei amerikanische Armee-Divisionen zu bewaffnen. Gelagert werden sollen die Waffen in der norddeutschen Tiefebene, wohin in Kürze ein weiteres US-Bataillon zusätzlich zu den zwei US-Brigaden, die in Garlstedt stationiert werden sollen, verlegt werden soll.

Diese weitere Verstärkung der amerikanischen Militärmaschinerie in Westdeutschland wird auf verstärkte Empörung bei den Werktätigen stoßen. Daß das deutsche Volk nicht bereit ist, immer mehr amerikanische Soldaten und Waffen zu dulden, zeigt sich unter anderem im Hochtaunus, wo die Bevölkerung in diesen Tagen gegen die Ausweitung eines amerikanischen Munitionslagers um 233 neue Munitionshütten kämpft.

Mäuseplage wie noch nie

Korrespondenz. Bei der Land-AP der KPD/ML erzählten uns Dorfbewohner von den verheerenden Folgen der Mäuseplage in den Moormarschen. Wir gingen dem Problem nach und haben hier ein Beispiel, wie die Landwirtschaft unter äußerst ungünstigen Bedingungen im Kapitalismus in immer noch größere Schwierigkeiten gerät.

In den Jahren 1971-77 sind mehrere verheerende Feldmausplagen aufgetreten. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Weser-Ems wurden mehr als 125.000 ha Land teilweise erheblich befallen. Das bedeutet einen Gesamtschaden von ca. 10 Millionen DM je Plagejahr durch die Wühl- und Nagetätigkeit der Feldmäuse.

Mäuseweibchen bekommen im Jahr 4-6 mal bis zu acht Junge, die schon 90 Tage nach der Geburt fortpflanzungsfähig sind. Im Labor bringt es ein Mäusepaar auf rund 2.600 Nachkommen! Die Nagetiere fressen Wurzeln aller Art, auch Obstbäume werden angeknabbert. Sie wühlen direkt unter der Erdoberfläche zahllose Gänge und vernichten die geschlossene Grasnarbe. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Landwirte sind erheblich, „denn die Mäuse fressen den Rindern das wertvolle Grünzeug weg". Große Kosten entstehen durch die notwendige Neuansaat, Düngung, durch das Abschleppen und Walzen der Weiden. Die Kosten der chemischen und mechanischen Unkrautbekämpfung sind hoch.

Mäuseplagen traten schon in früheren Jahrhunderten in gewissen Zeitabständen immer wieder in der Wesermarsch auf. Die Amtsbezirke Butjadingen, Elsfleth und Brake gründeten um 1880 einen „Verband zur Mäusevertilgung". Über eine Million tote Mäuse lieferte die Bevölkerung für eine Belohnung von 80.000 Mark ab, wie eine Chronik berichtet. Jedoch immer wieder greifen die Mäuse von ihrem traditionellen „Stammsitz" im Ipweger Moor an. Über die Ergebnisse der Grundlagen-Forschung über den Schädling Feldmaus konnten wir in der Bevölkerung nichts erfahren. Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Institut für Grünlandschädlinge mit den Bauern hat nicht stattgefunden. Das Institut wurde 1969 aufgelöst. So bleibt als einzige Rettung nur das Gift. 1971 trat eine Kompanie Soldaten und auch Schulkinder mit Legeflinten an. In jedes Mauseloch wurde Giftweizen gelegt. In den nächsten Jahren stehen weder Organisationen noch Gelder zur Verfügung. In dieser Notwehrsituation erfand ein Bauer (1974) eine neue Methode zur Feldmausbekämpfung. Er füllte seine Düngemittelschleuder mit Giftweizen, stellte so ein, daß nur 14 Giftkörner pro Kubikmeter ausgestreut wurden. Der Erfolg war durchschlagend, die Mäuse vernichtet. Die Behörden diskutierten mögliche Umweltschäden, aber bessere Lösungen konnte niemand geben. In diesem Jahr wurden auf mehreren hundert Hektar Land das Mäusegift Castrix-Pellets breitwürfig ausgestreut und Teilerfolge verzeichnet. Jetzt hagelt es Strafanzeigen, weil Vogelarten wie Störche, Eulen u. a. gefährdet werden. Tatsächlich wurde in den Verdauungsorganen verendeter Vögel die rote Begleitfarbe des Giftes nachgewiesen. Das neuartige Bekämpfungsmittel wurde verboten, und die Feldmäuse sind, wie wir uns überzeugen konnten, wieder unaufhaltsam im Vormarsch.

Die Behörden führen die Mäuseplage auf ungünstige Witterungsbedingungen, milde Winter, trockene und heiße Sommer usw. zurück. Die „wissenschaftlichen" Berater hoffen auf Rückgänge der Mäusezahl durch Inzucht, „totvermehren" oder eine Art von „Managerkrankheit". Diese Tatsache, daß den ach so modernen kapitalistischen Agronomen die Feldmäuse auf der Nase herumtanzen, wäre zum Lachen, wenn nicht die Landwirte den Schaden bei der ganzen Angelegenheit davontrügen.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.